

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Sonderthema**
OB-Barometer 2021:
Klimaschutz wird für die
Städte immer wichtiger
- 7 **Forschung & Publikationen**
Kann Wohnen im Umland
Vorteile für Stadt und Land
bringen?
- 24 **Neue Projekte**
Stadtentwicklung und
Mobilität verbinden
- 31 **Veranstaltungen**
Wie die kommunale
Wärmewende gelingen kann

Editorial

Sonderthema

- 4 OB-Barometer 2021: Klimaschutz wird für die Städte immer wichtiger

Forschung & Publikationen

- 6 Ausweitung kommunaler Wohnungsbestände
- 7 Wie kann Wohnen im Umland Vorteile für Stadt und Land bringen?
- 8 KfW-Kommunalpanel 2021: Keine Entwarnung für die Kommunalfinanzen
- 9 Erster nationaler Fortschrittsbericht zur New Urban Agenda erschienen
- 10 Forschungsimpulse für eine nachhaltige Stadt
- 11 Zukunftsszenarien für Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 12 Welche Auswirkungen hat die Krise auf bürgerschaftliches Engagement?
- 14 Moderne Stadtgeschichte: Städtisches Wissen
- 15 Jugendklimarat & Co: Vorbildliche Klimaaktivitäten für alle sichtbar
- 21 Wer soll an die Bordsteinkante – Curbside Management

Neue Projekte

- 22 Strategien für inklusives Wohnen
- 22 Integration im Blick
- 23 Kommunale Wärmeplanung

- 23 Starke Städte – Donut-Ökonomie
- 24 Nachhaltiges Verkehrssystem
- 24 Stadtentwicklung und Mobilität

Veranstaltungen

- 25 Veranstaltungsübersicht
- 26 Planerische Experimente geben Impulse für die Zukunftsstadt
- 27 Eine Stadt für alle: inklusiv, vernetzt, barrierefrei
- 29 Beteiligung als ein Erfolgsfaktor für urbane Sicherheit
- 30 Werkzeuge zur Gestaltung der Verkehrswende
- 31 Wie die kommunale Wärmewende gelingen kann
- 32 Holzbau: Wertvoller Bestandteil des kommunalen Klimaschutzes

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich...? Mikromobilität
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Ausgabe begegnen Ihnen zwei „Klassiker“ des Deutschen Instituts für Urbanistik – das OB-Barometer und das KfW-Panel. Beide Arbeiten werden jährlich neu durchgeführt und liefern daher interessante empirische Vergleichsdaten.

Im Februar 2020 – also unmittelbar vor Corona in Deutschland und sicherlich auch unter dem Eindruck der Fridays for Future Bewegung – stieg der Klimaschutz zum TOP Thema für die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister auf. Die für uns spannende Frage, ob Corona das Thema Klimaschutz in den Hintergrund drängen oder für eine zusätzliche Sensibilisierung sorgen würde, scheint in den deutschen Städten entschieden. Die Stadtspitzen wollen ihre Stadt klimagerecht und mit einer angepassten Mobilität in die Zukunft entwickeln.

Das Difu untersucht jährlich im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau das Investitionsverhalten der Kommunen. Die gute Nachricht ist, dass der kommunale Investitionsrückstand trotz Corona praktisch unverändert geblieben ist. Die schlechte Nachricht ist, dass die Kommunen mit 149 Mrd. Euro „Investitionsschulden“ in den anstehenden Transformationsprozess gehen.

Ende Mai ist Tilman Bracher, der Leiter des Forschungsbereichs Mobilität, nach exakt 20 Jahren am Difu in den Ruhestand gegangen. Tilman Bracher hat sich eine außergewöhnlich hohe Reputation in der Fachwelt, bei Verbänden und Politik sowie bei den Medien erworben. Wir am Difu haben davon ungemein profitiert. Wir verabschieden einen sehr geschätzten Kollegen und wünschen ihm nur das Beste, für das, was jetzt kommt. Neue Forschungsbereichsleiterin „Mobilität“ wird Anne Klein-Hitpaß. Wir stellen sie Ihnen in unserem nächsten Berichte-Heft vor.

Bis dahin wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre von Heft 2/2021!

Ihr
Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

OB-Barometer 2021: Klimaschutz wird für die Städte immer wichtiger

Für die Oberbürgermeister*innen der deutschen Städte bleiben trotz der Coronapandemie Klimaschutz und Mobilität aktuell und in Zukunft die wichtigsten Themen der kommunalpolitischen Agenda. Die Stadtentwicklung gewinnt an Bedeutung.

Das diesjährige OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) steht im Zeichen der Coronapandemie. So überrascht es nicht, dass bei der Frage nach den aktuell wichtigsten Aufgaben in der Stadt die Bewältigung der Coronakrise und ihrer Folgen mit deutlichem Abstand am häufigsten genannt wurde (69 Prozent). Im Gegensatz zu den übrigen Handlungsfeldern gibt es hier keine Vergleichswerte zum Vorjahr, da der letzte Befragungszeitraum im Januar und Februar 2020 lag, also vor der Pandemie. Ziel der auch 2021 im Januar und Februar durchgeführten Befragung ist die Ermittlung eines Gesamtbildes der aus Sicht der Stadtspitzen wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für deutsche Kommunen. Befragt werden jeweils Stadtspitzen der deutschen Städte mit mindestens 50.000 Einwohner*innen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen, die im Januar/Februar 2021 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde.

In diesem Jahr ist es besonders spannend einen Blick auf die übrigen Handlungsfelder und ihre Entwicklung in den letzten Jahren zu werfen: Die Themen unter der Überschrift „Klima, Energie, Nachhaltigkeit“ haben in 2021 noch einmal an Bedeutung gewonnen. Sie werden von den befragten

OBs so häufig genannt, dass sie nun das zweitwichtigste aktuelle Handlungsfeld in den Kommunen sind (45 Prozent). Abstrahiert man von der Sondersituation Corona (69 Prozent), so ist es sogar das aktuell wichtigste kommunale Handlungsfeld. Bis einschließlich 2019 hat der kommunale Klimaschutz nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Jahr 2020 hat das Politikfeld einen starken Bedeutungszuwachs erfahren. Die Vermutung lag nahe, dass Klimaschutz, auch durch die Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung, stärker ins Bewusstsein der politisch Entscheidungstragenden gerückt ist. Unklar war, wie nachhaltig dieser Effekt sein würde und ob „Umweltthemen“ – wie schon manchmal in der Vergangenheit – infolge anderer großer Krisen wieder auf der Prioritätenskala nach hinten rücken. Dies scheint diesmal nicht so zu sein. Klimaschutz wird sogar noch wichtiger eingeschätzt als 2020. Auch bei den Zukunftsthemen haben „Klima, Energie, Nachhaltigkeit“ (53 Prozent) ihre Spitzenposition vor Mobilität (50 Prozent) und Digitalisierung (37 Prozent) behauptet. Urbane Mobilitätskonzepte sind heute überwiegend Verkehrskonzepte, die den motorisierten Individualverkehr eindämmen sollen. Sie sollen CO₂- und Feinstaubbelastungen reduzieren und sind somit konstituierender Bestandteil einer kommunalen Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Dass Klimaschutz und Mobilität



Fotos: Difu

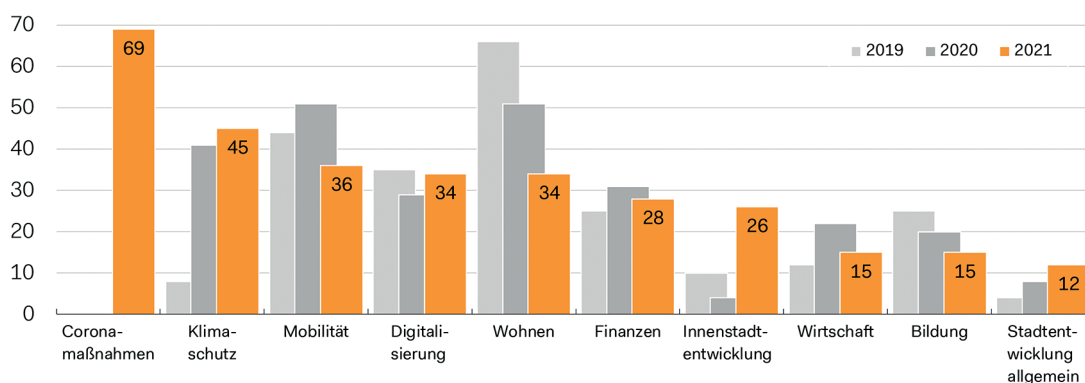


Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der Stadt (TOP 10)?

Der größte Handlungsbedarf meiner Stadt liegt bei den Themen Bewältigung der Coronakrise, Klimaschutz und Mobilität

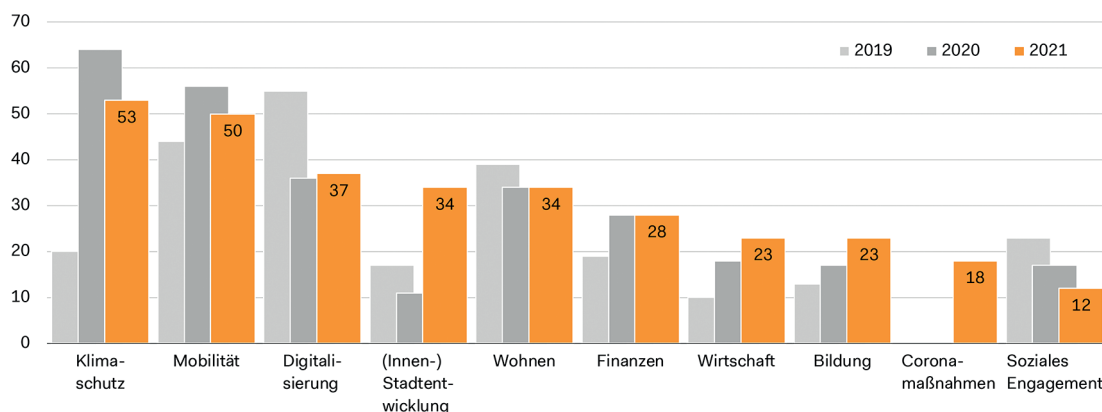


Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

Quelle: OB-Barometer 2021

Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen (TOP 10)?

Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung sind die wichtigen Zukunftsthemen



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

Quelle: OB-Barometer 2021



sowohl bei den aktuellen wie auch den künftig wichtigen Themen Spitzenpositionen einnehmen, unterstreicht den großen Stellenwert, den die Stadtspitzen heute ökologischen Fragen einräumen. Digitalisierung hat dagegen durch die Anforderungen und Veränderungen in der Coronapandemie nicht noch einmal einen Bedeutungsgewinn auf der kommunalen Ebene erfahren.

Smart City, Wohnungsbau und Finanzen sind „alte Bekannte“ bei den wichtigsten aktuellen Handlungsfeldern, dies gilt auch für kommunalpolitische Themen mit zunehmender Bedeutung. Sie bleiben in der Rangfolge in etwa unverändert. Dass die Finanzlage der Kommunen keine stärkere Ausprägung aufweist, mag überraschen, da die Kommunen coronabedingt extreme Ausfälle bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen hatten. Die fiskalischen Kompensationsmaßnahmen des Bundes und der Länder haben vermutlich dazu beigetragen, dass die Kommunen aktuell und zukünftig ihre Finanzlage in etwa so einschätzen wie in den beiden Jahren zuvor.

Bemerkenswert ist hingegen der starke Bedeutungszuwachs des Themas Innenstadtentwicklung bei den aktuellen ebenso wie bei den zukünftigen Herausforderungen. Eine Erklärung liefern die Antworten auf die Frage nach den Herausforderungen der Coronapandemie. Existenzgefährdung von Handel, Gastronomie und Kulturszene rangieren ebenso wie die Verödung der Innenstädte ganz weit oben. Die Innenstädte stehen in Coronazeiten für wirtschaftliche Existenzgefährdung von Gastronomie und Einzelhandel, leere Innenstädte verlieren ihre Aufenthaltsqualität. Das „erzwungene Experiment“ der Digitalisierung durch Corona – insbesondere die massive Zunahme von Onlinehandel und Homeoffice – hat

einen ohnehin stattfindenden Veränderungsprozess forciert. Die Innenstädte stehen damit vor einem gewaltigen Umbruch. Das empfinden die Oberbürgermeister*innen insofern als eine große Herausforderung.

Im Januar und Februar 2021 schien bei den Oberbürgermeister*innen zumindest eine Hoffnung zu bestehen, dass das Thema Corona in der Kommunalpolitik bald wieder der Vergangenheit angehören wird. Während mehr als zwei Drittel aller Stadtspitzen Coronamaßnahmen und Coronafolgen als aktuell wichtiges Handlungsfeld benannten, rangiert das Thema Corona unter den zukünftig wichtigen Handlungsfeldern nur auf dem vorletzten Platz. Nur wenig verändert haben sich die Wünsche der Stadtspitzen im Hinblick auf die Handlungsfelder, in denen sie bessere Rahmenbedingungen durch Länder, Bund oder EU wünschen: An Bedeutung gewonnen hat der Wunsch nach Unterstützung im Handlungsfeld Digitalisierung (71 Prozent). Dies ist vermutlich in erheblichen Teilen zurückzuführen auf die in der Coronapandemie deutlich gewordenen Engpässe – beispielsweise in der Datenübermittlung von Gesundheitsämtern, der Möglichkeit von Verwaltungsbeschäftigten, im Homeoffice zu arbeiten, oder in der digitalen Infrastrukturausstattung von Schulen. Es folgen die Handlungsfelder Finanzen, Wohnungspolitik und Verkehr, in denen sich die Gewichtungen nur graduell verschoben haben. Im Vergleich der Antworten der Stadtspitzen aus den letzten Jahren ist eine Kontinuität in den „großen Linien“ der Kommunalpolitik – und den gewünschten Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Arbeit vor Ort – festzustellen.

Alle Details



www.difu.de/16644
www.difu.de/12580

Ausweitung kommunaler Wohnungsbestände

In vielen Städten steht die Wohnungsfrage ganz oben auf der Agenda. Damit gewinnen die kommunalen Wohnungsunternehmen weiter an Bedeutung – als Bestandshalter und bei der Umsetzung von Neubauvorhaben.



Foto: Ricarda Pätzold/Difu

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und eine Wohnung die Voraussetzung für Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. In den wachstumsstarken, dynamischen Regionen Deutschlands gehören Wohnungsmarkteingänge und Preissteigerungen schon seit Jahren zum Alltag. Dagegen hilft – so ist allerorten zu hören – vor allem der Neubau von bezahlbaren sowie gebundenen Wohnungen. Diese Aufgabe wird unter anderem von den kommunalen Wohnungsunternehmen umgesetzt.

In Deutschland befinden sich rund 2,3 Millionen Wohnungen oder zehn Prozent des Mietwohnungsbestandes in kommunaler Hand. Sicherlich würden viele Kommunen die Aussage von Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München, unterstreichen: „Städtische Wohnungsbaugesellschaften sind ein Regulativ für den Wohnungsmarkt und ein Garant für langfristig bezahlbaren Wohnraum.“ Doch lag der kommunale Wohnungsneubau viele Jahre brach. Selbst in München, wo bereits vor zehn Jahren ein akuter Wohnungsmangel diagnostiziert wurde, stellten die kommunalen Wohnungsunternehmen GEWOFA und GWG im Jahr 2009 lediglich 400 Wohnungen fertig – 2019 waren es wieder 1.500 Wohnungen.

Im Forschungsprojekt „Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestands durch Neubau

und Ankauf als wohnungspolitische Strategie“ ging das Deutsche Institut für Urbanistik gleich mehreren Fragen nach: Unter welchen Rahmenbedingungen werden kommunale Wohnungen gebaut? Wie laufen die Abstimmungsprozesse zu Zielen und Strategien und wer sind die Zielgruppen der Unternehmen? 20 Fallstudienstädte wurden dabei von 2017 bis 2020 in den Fokus genommen – gefördert im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt). Die Schnittstelle „Liegenschaften“ zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen spielt eine zentrale Rolle – und so ist die Baulandbereitstellung die häufigste Form der Unterstützung der Ausweitung kommunaler Wohnungsbestände. Allerdings sind städtische Flächen ein knappes Gut. Ein weiterer wesentlicher Motor ist die soziale Wohnraumförderung, die von den kommunalen Unternehmen genutzt wird. Allerdings betonen diese die Bedeutung von gemischten Beständen und Neubauquartieren, um Stigmatisierungsprozessen vorzubeugen.

Die Dimension der kommunalen Wohnungen ist oft historisch bedingt. Nicht jede Stadt hat ein Wohnungsunternehmen in der Größe, in der sie es bräuchte. Selbst wenn jetzt der Wohnungsbau forciert wird, ändert sich diese Situation nicht schnell genug. Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum bleibt damit vorerst eine Aufgabe breiter „Schichten“ der Wohnungswirtschaft.



www.difu.de/11693
BBSR-Umfrage zu Kommunalen Wohnungsbeständen:
www.bit.ly/3vZaR9



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

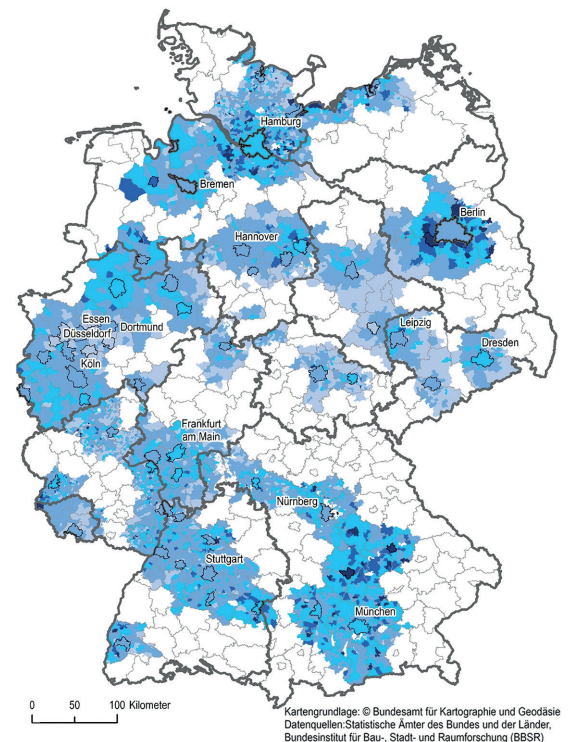
Wie kann Wohnen im Umland Vorteile für Stadt und Land bringen?

Für das Verbändebündnis Wohnungsbau hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ermittelt, wie Kommunen in Stadtregionen die Wohnungsmärkte der Kernstädte entlasten können und unter welchen Rahmenbedingungen diese Entwicklung forciert werden sollte.

Im Fokus der Difu-Studie stehen die Potenziale der Pendler-Verflechtungsräume von Großstädten. Sie sind die traditionellen Zielorte der Suburbanisierung und meist durch Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern geprägt. Im Unterschied dazu sollte der „Entlastungswohnungsbau“ einen Beitrag zu lebendigen Quartieren und Stadtteilen leisten. Auch geht es darum, zusätzlichen Pendlerverkehr nicht durch motorisierten Individualverkehr zu bewältigen, sondern nur durch einen Ausbau des ÖPNV und weiterer Verkehrsträger des Umweltverbunds – wie beispielsweise einer guten Infrastruktur für den Radverkehr. Voraussetzung dafür ist die gute Erreichbarkeit der Standorte mit dem Umweltverbund, angemessene Dichten und vielfältige Wohnangebote, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Zudem soll der Neubau lokale Stadtqualitäten aufnehmen bzw. weiterentwickeln, um dezidiert die weitere Verstärkung des „Donut-Effekts“ – d.h. ein Ausbluten der Zentren – zu vermeiden. Insgesamt kann so für eine Stadt-Umland-Region ein Mehrwert – auch für die bereits ansässige Bevölkerung – erreicht werden.

Die Anspannung der städtischen Wohnungsmärkte führte bereits vor 2020 zu verstärkten Wanderungsverlusten – insbesondere Familien verließen die Kernstädte in Richtung Umland. Im Saldo wuchsen die Städte vor allem durch die Außenzuwanderung. Die Stadtregion leistete damit bereits einen Beitrag zur Entlastung, allerdings wirkte sich dies nicht preisdämpfend auf die städtischen Wohnungsmärkte aus. Als zentrale Stellschraube für „Post-Corona“-Wohnstandortentscheidungen wird – neben dem Dauerbrenner Wohnkosten – die Veränderung der Arbeitswelt durch Homeoffice-Möglichkeiten diskutiert. Wenn der Weg zum Arbeitsplatz ins Zentrum seltener notwendig ist, steigt die Entfernungstoleranz der Pendler*innen an. Ein positiver Effekt könnte in der intensiveren Nutzung der Angebote des jeweiligen Wohnumfelds bestehen. Bisher kaum thematisiert wird indes, dass eine Verstetigung von Homeoffice neue Anforderungen an Wohnungen im Hinblick auf Arbeitsräume stellt.

Aber auch wenn die Arbeit im Homeoffice zunimmt und dadurch die Zahl der Pendler*innen sinkt: Viele Berufe erfordern eine Präsenz vor Ort und Mobilität bleibt von zentraler Bedeutung. Für



Stadt-Umland-Regionen: Baufertigstellungen 2015 bis 2019

Fertiggestellte Wohnungen auf 1.000 Einwohner

	Kernstadt	Ergänzungsgebiet	Verflechtungsraum		(Anzahl der Gemeinden)
			engerer	weiterer	
unter 7 WE	6	60	254	1.048	
7 bis 18 WE	36	282	826	1.263	
18 bis 30 WE	15	83	518	553	
30 bis 40 WE	1	18	139	136	
über 40 WE	3	10	50	69	
WE insgesamt	386.216	172.633	217.064	176.512	952.425

Die Farbe der Fäbber wird von Kernstadt hin zu Verflechtungsraum stufenweise heller

den ÖPNV bedeutet die Nachfrageentwicklung in der Pandemie einen Trendbruch nach einem jahrelangen kontinuierlichen Wachstum. Dass der ÖPNV das Potenzial hat, Mobilität mit weniger Flächeninanspruchnahme, weniger Schadstoffemissionen und weniger Ressourceneinsatz zu gewährleisten und darüber hinaus eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllt, wird durch die Pandemie sachlich nicht in Frage gestellt. Allerdings ist es vermutlich noch schwerer geworden, Menschen von der Nutzung des ÖPNV zu überzeugen. Verlässliche Angebote, die Vermeidung überfüllter Verkehrsmittel und Tarifangebote für eine veränderte Arbeitswelt sind für einen als attraktiv wahrgenommenen ÖPNV mehr denn je notwendig.

Grafik: Ricarda Pätzold/Difu



www.difu.de/16617



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

KfW-Kommunalpanel 2021: Keine Entwarnung für die Kommunalfinanzen

Die Entwicklung der kommunalen Finanzlage bleibt offen. Der Investitionsrückstand der Kommunen steigt nur leicht auf 149 Mrd. Euro. Unterstützungsmaßnahmen sind aus Sicht der Kommunen unerlässlich, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Die deutschen Kommunen sind in finanzieller Hinsicht bislang glimpflicher durch die Krise gekommen als erwartet. So konnten sie das Haushaltsjahr 2020 – dank der Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern – sogar mit einem kleinen Überschuss abschließen. Für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh, wie die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanel 2021 verdeutlichen, das das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt hat. Denn die Bewertung der Finanzlage durch die befragten Kämmergeien hat sich massiv verschlechtert, vor allem mit Blick auf das laufende Jahr 2021 und darüber hinaus. 85 Prozent der Städte, Kreise und Gemeinden erwarten krisenbedingt geringere Einnahmen. 52 Prozent der Kommunen sehen perspektivisch höhere Ausgaben auf sich zukommen. Die positive Nachricht: Investitionen und Investitionsplanungen der Kommunen sind durch die Krise bisher noch kaum betroffen. In der Planung für 2021 rechnen die Kommunen sogar mit einem neuen Investitionshöchststand von rund 39,2 Mrd. Euro. Der Grund dafür liegt in den langen Vorlaufzeiten für öffentliche Investitionen. Allerdings gehen 57 Prozent der Kommunen davon aus, dass sie ihre Investitionen kürzen müssen, wenn die Einnahmen auch in diesem Jahr wegbrechen.

Der von Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstand ist für das Befragungsjahr 2020 auf insgesamt rund 149 Mrd. Euro gestiegen (2019: 147 Mrd. Euro). Nach wie vor besteht der größte Investitionsbedarf bei Schulgebäuden (46,5 Mrd. Euro), Straßen (33,6 Mrd. Euro) und Verwaltungsgebäuden (16,4 Mrd. Euro). Die Investitionen in die verschiedenen Infrastrukturbereiche finanzieren die Kommunen zu etwas mehr als einem Drittel aus Eigenmitteln (36 Prozent). Diese geraten durch die Krise besonders unter Druck. Finanzausgleichzuweisungen (16 Prozent) und Fördermittel (20 Prozent) sind weitere wichtige Finanzierungsquellen, wobei auch hier noch nicht klar ist, welche mittelfristigen Auswirkungen die Krise haben wird. Zudem geben 55 Prozent der Kämmergeien an, dass sie bald stärker auf Kredite zurückgreifen werden. Dies deutet auf einen künftigen Aufwuchs der Kommunalverschuldung hin.

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiterhin zu bewahren, halten die Kämmergeien in der kurzfristigen Perspektive insbesondere die Kompensation von Steuereinnahmeausfällen, wie schon 2020 durch den Bund erfolgt, für hilfreich. Perspektivisch gewinnen aber strukturelle Anpassungen in der Finanzmittelverteilung zwischen den föderalen Ebenen eine höhere Bedeutung.



In der Einzeldarstellung der Infrastrukturbereiche sind jene mit sehr geringen Anteilen ausgeblendet. In der Gesamtsumme sind sie enthalten.



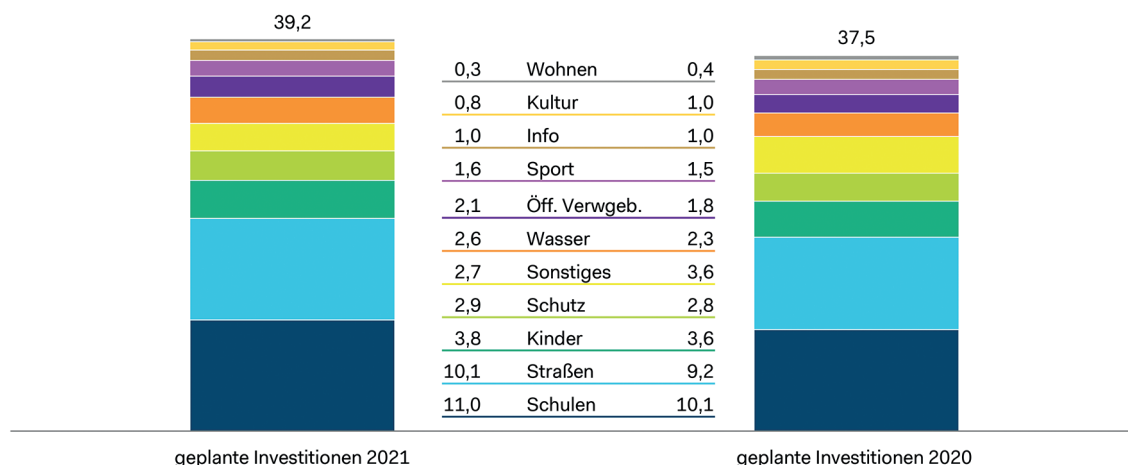
www.difu.de/16614



Christian Raffer, M.Sc.
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Geplante Investitionen der Kommunen in Deutschland (in Mrd. Euro)



Quelle: KfW-Kommunalpanel, durchgeführt vom Difu von September bis Dezember 2020.

Erster nationaler Fortschrittsbericht zur New Urban Agenda erschienen

Das Difu hat im Auftrag des Bundesinstituts für Bau, Stadt- und Raumforschung und des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat den ersten nationalen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der New Urban Agenda erstellt und an die UN übermittelt

Städte gelten als Brennpunkt für Nachhaltigkeitsherausforderungen: Sie nehmen nur etwa zwei Prozent der globalen Fläche ein, tragen jedoch zu ~ 70 Prozent des Bruttoinlandprodukts, des Energieverbrauchs, der Treibhausgasemissionen und des Abfallaufkommens bei. Deutschland stellt hier mit seinem überdurchschnittlich hohen Urbanisierungsgrad von inzwischen mehr als 75 Prozent keine Ausnahme dar. Für die Vereinten Nationen war das Anlass genug, um 2016 auf der Habitat-III-Konferenz der UN eine gemeinsame Vision zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu verabschieden. Damit Urbanisierung nicht nur mit ihren negativen Folgewirkungen in Verbindung gebracht wird, sondern als starkes Instrument für nachhaltige Entwicklung aktiv genutzt wird, stellt die New Urban Agenda mit ihren 175 Paragraphen den Fahrplan für nachhaltige Stadtentwicklung dar.

Eben jene Entwicklung soll im Rahmen eines Monitorings alle vier Jahre überprüft werden. Somit wurde im gleichnamigen Difu-Projekt von 2019 bis 2021 der erste Fortschrittsbericht auf nationaler Ebene erstellt. Da die New Urban Agenda keinen eigenen Überprüfungsmechanismus enthält, jedoch über vielfältige Anknüpfungspunkte mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) verfügt – insbesondere SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ –, wurde methodisch ein an die Anforderungen der New Urban Agenda angepasstes SDG-Monitoring angewendet und anschließend zusammen mit insgesamt neun Partnerkommunen erprobt. Hierbei standen die Schwerpunkte Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Mobilität im Stadt-Umland-Kontext – jeweils ergänzt um das wichtige Querschnittsthema Digitalisierung – im Vordergrund der Untersuchungen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass in Deutschland auf allen Ebenen vielfältige Anstrengungen unternommen werden, um die Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit in Städten und Gemeinden zu stärken. Mit dem interministeriellen Arbeitskreis für nachhaltige Stadtentwicklung, den Nachhaltigkeitsstrategien der Länder und Initiativen auf kommunaler Ebene, wie der Musterresolution zur Agenda 2030, werden die diversen Aktivitäten im Nachhaltigkeitsbereich sichtbar. Diese Bemühungen treffen jedoch auf unterschiedliche

kommunale Strukturen und Voraussetzungen, die oftmals sektoral und durch mangelnde Ressourcen geprägt sind. Größere und wachsende Kommunen haben grundsätzlich bessere Voraussetzungen, um ein Nachhaltigkeitsmanagement und -monitoring vor Ort zu etablieren. Im Zuge des Projekts wurde aber auch deutlich, dass selbst viele kleinere Kommunen über den politischen Willen, engagierte Verwaltungsmitarbeiter*innen und den Rückhalt lokaler Initiativen verfügen, um ihre drängendsten Nachhaltigkeitsherausforderungen aktiv anzugehen.



Das Monitoring als erster Schritt für dieses Engagement weist einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand auf. Während Mobilitätsdaten in der Regel gut verfügbar sind und die teils bescheidenen Fortschritte aufzeigen, werden Klimabilanzierungen, statistische Auswertungen zu erneuerbaren Energien und Projektevaluationen eher seltener durchgeführt – und das, obwohl verfügbare Daten und Umfragewerte auf ein sehr hohes Aktivitätsniveau hindeuten. Oftmals werden Maßnahmen, gerade im Bereich Klimaanpassung, in verschiedenen Stellen der Verwaltung umgesetzt und nicht unter dem Dach der nachhaltigen Entwicklung subsumiert. Grundsätzlich besteht im Bereich des Nachhaltigkeitsmonitorings also noch viel Verbesserungspotenzial, um auf dieser Grundlage ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement aufzubauen oder mancherorts auch erst das notwendige Bewusstsein für nachhaltige Stadtentwicklung zu schaffen.



www.difu.de/16642



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Forschungsimpulse für eine nachhaltige Stadt

Neue Broschüre informiert über Leitbilder und Visionen aus der Zukunftsstadtforschung, dokumentiert methodische Vorgehensweisen und zeigt praktische Handlungswege für Kommunen zu ganz unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten.



Das Generieren von Forschungswissen für die Transformation zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit lebenswerten Quartieren ist das Ziel der Zukunftsstadt-Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die Umsetzung erfolgt in zahlreichen Projekten im Rahmen der Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA). Gemeinsam wurden unter diesem Dach seit 2016 von Wissenschaft, Kommunalpolitik und Verwaltungspraxis, Zivilgesellschaft und Wirtschaft rund 50 transdisziplinäre Projekte gestartet. Thematisch geht es dabei um ein weites nachhaltiges Themenspektrum: um Klimaanpassung und urbane Resilienz, um Grünflächen und Freiräume, urbane Mobilität und Logistik, sozialen Zusammenhalt und Teilhabe, urbane Produktion sowie städtische Infrastrukturen in der Zukunftsstadt. So vielfältig die Themen, so verschieden sind auch die Modelle urbaner Transformation. Gemeinsam ist jedoch allen Projekten ihr experimentelles Vorgehen. Hier spielt in vielen Projekten das Forschungsformat des Reallabors eine besondere Rolle.

Das Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z), gemeinsam getragen vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), dem ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung sowie Gröschel Branding, begleitet seit einigen Jahren all diese Aktivitäten. Neben der Vernetzung, Synthese des Forschungswissens zum Thema sowie

der Kommunikation der Ergebnisse in die (Fach-) Öffentlichkeit richtet SynVer*Z sein Augenmerk auch auf die im Rahmen der BMBF-Forschung zur Zukunftsstadt ausgehenden Auswirkungen. Es geht also um die Frage, welche Anstöße von der Forschung für die städtische Praxis ausgehen und wie positive Entwicklungen verstärkt werden können.

Eine im Rahmen der Projektarbeit im März 2021 herausgegebene Broschüre dokumentiert einen Zwischenstand der Zukunftsstadtforschung. Sie präsentiert exemplarisch entlang der geförderten Projekte die verschiedenen Leitbilder und Visionen der Zukunftsstadt-Forschung, dokumentiert methodische Vorgehensweisen und zeigt mögliche Handlungswege in ganz unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Die kostenlose und illustrativ bebilderte Broschüre eröffnet der interessierten Leserschaft vielfältige Möglichkeiten der fachlichen Vertiefung. Darüber hinaus werden zahlreiche Verweise auf die Veröffentlichungen einzelner Projekte gegeben. So können weitere Kommunen sich von dem in der Broschüre dokumentierten Erfahrungswissen anregen lassen und davon profitieren.



www.difu.de/11588
www.bit.ly/3v6HpWk (PDF)

Printexemplar kostenfrei via
krebs@difu.de bestellbar



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Zukunftsszenarien für Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Neue Veröffentlichung von Difu und FiFo mit der Stadt Köln zeigt anhand szenariobasierter Betrachtungen, wie mögliche Risiken, Wechselwirkungen und Chancen in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden können.

Schon lange beschäftigen sich die Difu-Wissenschaftler*innen mit der Abschätzung des langfristigen kommunalen Infrastruktur- und Investitionsbedarfs. Mittlerweile hat die dadurch entfachte Diskussion sowohl über den Nachholbedarf als auch den Investitionsstau den Blick auf die Wechselwirkungen zwischen kommunaler Infrastruktur und generationengerechter Finanzierung öffentlicher Aufgabenwahrnehmung gelenkt. Neben der Diagnose für Deutschland insgesamt – beispielsweise im Rahmen des KfW-Kommunalpanels – hat das Difu zusammen mit der Stadt Köln und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität zu Köln (FiFo) ein spezielles Instrumentarium entwickelt. Damit sind eine vergleichsweise differenzierte Schätzung des Investitionsbedarfs und eine Analyse der damit zusammenhängenden Tragfähigkeit des kommunalen Haushalts für einzelne Städte möglich.

Vor dem Hintergrund der lokalen Auswirkungen von Megatrends – wie dem Klimawandel, der Digitalisierung und demographischen Veränderungen, beispielsweise durch Migrationsprozesse – steigt die Bedeutung einer vorausschauenden Daseinsvorsorge- und Infrastrukturplanung jedoch weiter an. Um den Risiken und Wechselwirkungen, aber auch den Chancen dieser Trends trotz bestehender Haushaltsrestriktionen mit einem politischen Gestaltungsanspruch proaktiv und strategisch begegnen zu können, muss das entwickelte Instrumentarium in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden. Auf diese Weise kann auch ein fach- und periodenübergreifender Diskurs unterstützt werden.

Aufbauend auf den Erkenntnissen und Erfahrungen aus der gemeinsamen Arbeit mit der Stadt Köln, haben das Difu und das FiFo nun anhand von szenariobasierten Betrachtungen gezeigt, wie eine solche Einbindung in zukünftige Strategiediskurse aussehen könnte.

Ein Schwerpunkt war dabei die Abschätzung des Infrastruktur- und Investitionsbedarfs in Abhängigkeit von unterschiedlichen strategischen Gestaltungsoptionen. Ausgehend von der Vision des Umweltbundesamtes „Die Stadt für Morgen“ wurde anhand zweier Beispielszenarien im Bereich Mobilität dargestellt, wie sich die bei

einer sozial-ökologischen Transformation zu erwartenden finanziellen Auswirkungen im Modell abbilden lassen. Im Vergleich zu einem „Weiter wie bisher“ lassen sich daraus, trotz der erforderlichen Vereinfachungen im Modell, wichtige Erkenntnisse für den strategischen Diskurs gewinnen –, und dies ohne großen Aufwand und zeitliche Verzögerungen.

Darüber hinaus wurden die Auswirkungen eines inklusiven Wachstums für die Tragfähigkeit des kommunalen Haushalts untersucht und die bisher im Kölner Tragfähigkeitskonzept noch nicht spezifisch ausgewiesene Konnexitätslücke szenariobasiert abgeleitet.

Durch eine enge Einbindung der Mitarbeiter*innen der Kämmerei wurden in Köln die Voraussetzungen dafür geschaffen, zukünftig weitere Szenarien analysieren zu können. Dadurch wird es möglich, Themen aufzugreifen, die in der Stadtgesellschaft oder im politisch-administrativen Kontext diskutiert werden. Es war erklärtes Ziel der



Foto: Martin Randelhoff, Qimby

Projektpartner*innen, die Erkenntnisse und Erfahrungen sowie die einer langfristigen und generationengerechten Infrastruktur- und Finanzplanung zugrundeliegende Philosophie auch dem breiteren (Fach-)Publikum zugänglich zu machen. Die Publikation der kostenfrei zugänglichen Studienergebnisse kann daher auch für andere Kommunen als wichtige Informationsgrundlage dienen.



www.difu.de/16405



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Welche Auswirkungen hat die Krise auf bürgerschaftliches Engagement?

Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Stadt Speyer verdeutlicht den großen Wertschöpfungsanteil ehrenamtlicher Arbeit in Zeiten der Coronapandemie. Die Veröffentlichung stellt exemplarisch Aktivitäten in der Stadt Speyer dar.

Bürgerschaftliches Engagement ist in Deutschland weit verbreitet und in nahezu allen Lebensbereichen anzutreffen. Allein im Bereich „Sport“ sind rund 88.000 Vereine registriert. Zwischen zwanzig und vierzig Prozent der Bevölkerung sind bürgerschaftlich engagiert. In einer empirischen Untersuchung wurden neben dem Bereich



„Sport“ auch Einrichtungen betrachtet, die im Bereich „Soziales“ tätig sind sowie politische Parteien. Bürgerschaftliches Engagement ist ein stets präsentes und nahezu alle Lebensbereiche betreffendes Thema, gerade auch während der Pandemie. Denn die Pandemiefolgen führen zu großen Einschnitten im gesellschaftlichen Leben und können durch „Lockdowns“ weitere Probleme und Erschwernisse hervorrufen. Daher war es von Interesse zu untersuchen, ob die Coronapandemie auch das bürgerschaftliche Engagement in verschiedenen Dimensionen beeinflusst und was die Menschen zu ihrem Engagement bewegt. In einer für die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften verfassten und gemeinsam mit dem Difu veröffentlichten Arbeit wurden öffentliche Hilfsprogramme und ein ehrenamtlich betriebenes Abstrichzentrum der Gebietskörperschaft Speyer untersucht. Zudem wurden ehrenamtlich tätige Institutionen und Bürger*innen befragt.

Die Wertschöpfung freiwillig erbrachter Leistungen wurde vor der Pandemie in der 50.000-Einwohner*innen-Kommune mit rund 33,5 bis 41 Millionen Euro beziffert und entsprach damit

einem Viertel des Haushalts. Rund zwei Drittel der befragten Institutionen gaben an, dass sich ihre Tätigkeiten qualitativ und/oder quantitativ unter dem Einfluss der Pandemie verändert haben. So summierte sich der pandemiebedingte Wertschöpfungsrückgang auf rund 30 Prozent. Dieser wäre noch höher, wenn darin auch das Arbeitsvolumen berücksichtigt wäre, das anfiel, um die Tätigkeiten „pandemiesicher“ zu gestalten. Aufgrund dieser Herausforderungen und dem von den Einrichtungen – zumindest für eine begrenzte Zeit – erlebten personellen Aderlass, liegt die Frage nach der Unterstützung des Staates und der kommunalen Verwaltung nahe.

Seitens der Stadtwerke, deren Gesellschafterin zu 100 Prozent die Stadt ist, wurden vier einzelne Projekte durch eine kleine Summe gefördert. Zwei weitere Programme werden vom Land finanziert und von der Stadt verantwortet.

Für das Projekt „Speyer hält zusammen“ – welches nicht ausschließlich gemeinnützigen Organisationen zu Gute kommt – wurden im Untersuchungszeitraum 20 Prozent der vom Land bereitgestellten Mittel eingesetzt. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass 25 Euro je Bürger*in zur Verfügung standen, von denen bisher fünf Euro seitens der Stadt angeboten wurden und rund zwei Euro für das ehrenamtliche Engagement verwendet wurden.

Das Projekt „Schutzschild für Vereine in Not“ war bisher für Speyer ohne praktische Relevanz, denn diese Fördermittel werden nur dann ausgezahlt, wenn Vereine wegen der Pandemie in Existenznot geraten – was bisher nicht der Fall war.

Als Musterbeispiel mit Modellcharakter kann das durch das DRK betriebene „Abstrichzentrum“ gelten, das maßgeblich von Ehrenamtlichen und Vereinen organisiert und auch betrieben wurde.

Organisatorische Unterstützung gewährten die Stadt und das Praxisnetz Vorderpfalz. Vorbildlich war diesbezüglich auch das Zusammenwirken der verschiedenen Beteiligten. Im Untersuchungszeitraum wurden hier ehrenamtlich Arbeitsstunden im Gegenwert von rund 200.000 Euro geleistet.



www.difu.de/16657



Florian Harz, M.A.
floharz@web.de

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de



Moderne Stadtgeschichte: Städtisches Wissen

Die neue Ausgabe der vom Difu vertriebenen Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte – MSG“ beleuchtet verschiedene Wissensbestände und -formen, die in Städten entstanden, aber auch das alltägliche Wissen der Stadtbewohner*innen.



„Städtisches Wissen“ ist der Schwerpunkt des im Sommer erscheinenden Themenhefts 1/2021 der Modernen Stadtgeschichte (MSG). Die Herausgeber, Martina Heßler (Darmstadt) und Clemens Zimmermann (Saarbrücken), richten den Blick darauf, wie Wissen in spezifisch lokalen Kontexten produziert, vermittelt und praktiziert wurde. Angesprochen sind damit verschiedene Formen und Bestände von Wissen, die in einer Stadt entstanden, vor allem aber auch das alltägliche Wissen der Stadtbewohner*innen. Insbesondere befasst sich das Themenheft mit gesellschaftlichem, stadtplanerischem und historischem Wissen, das in Städten über die jeweiligen Städte entstand.

In einem ersten Beitrag untersucht Clemens Zimmermann (Saarbrücken) die Entstehung der bis heute einflussreichen ethnographischen und sozialwissenschaftlichen Studien von Friedrich Engels über Manchester (1845) sowie den Reports von Henry Mayhew (1861/62) und Charles Booth (1889-1897) über London. Dabei zeigt er, wie subjektive Beobachtungen und erzählerische Beschreibungen mit Kartierungen und der Erstellung von Statistiken einhergingen. Der Beitrag von Katrin Minner (Siegen) wendet sich der Funktion kommunaler Archive für die Produktion und Verbreitung von Wissen über die eigene Stadtgeschichte zu. Minner zeichnet nach, wie sich die Archive im Laufe des 20. Jahrhunderts von einem Reservoir an Herrschaftswissen zu einem Ort entwickelten, der vielfältigen Nutzungsinteressen offen steht. In diesem Kontext entstanden in den 1980er-Jahren auch Geschichtswerkstätten, mit denen sich der Beitrag von Sebastian Haumann

und Dieter Schott (Antwerpen/Darmstadt) befasst. Sie konstatieren eine Pluralisierung von lokalem Geschichtswissen, das vor allem in der kritischen Auseinandersetzung mit der bis dahin wenig beachteten lokalen NS-Geschichte und der Industriekultur entstand. Ajit Singh und Kathrin Meißner (Berlin) zeigen am Beispiel des Dragoner-Areals in Berlin, wie das Wissen um die wechselvolle Geschichte des Ortes in die stadtplanerischen Debatten über die Konversion des ehemaligen Kasernengeländes einfließt. Ihr Beitrag lenkt damit den Blick auch auf die Rolle partizipativen Wissens in der Gegenwart. Auch der Beitrag von Jonas van der Straeten und Mariya Petrowa (Darmstadt) geht der Frage nach der Bedeutung von lokalem Wissen für den Städtebau nach. Ihre Untersuchung zeigt, wie relevant lokale Wissensformen in usbekischen Städten selbst auf dem Höhepunkt zentralisierter sowjetischer Wohnungsbaupolitik waren. Die abschließende Leitzension von Christiane Reinecke (Leipzig) nimmt die zentralen Aspekte des Themenheftes wieder auf.

Clemens Zimmermann (Saarbrücken) gibt im Forumsteil einen Überblick über den Stand der Industriestadtforchung und Jörg Oberste (Regensburg) stellt in der Rubrik das Konzept vormoderner Metropolität vor. Ergänzt werden die Beiträge durch Berichte über Tagungen zu sogenannten „Arrival Neighborhoods“, zu „Histories and Legacies of Industrial Cities“, zu „20th Century European Urbanism“ und über einen Workshop zu „Sozialdaten und Geschichtsschreibung von Wohneigentum und Sozialräumen“.



www.difu.de/publikationen
Erscheint in Kürze.



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de

Jugendklimarat & Co: Vorbildliche Klimaaktivitäten für alle sichtbar

Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind vielfältig. Eine neue Online-Publikation des Difu stellt erfolgreiche Projekte vom Strombilanzkreismodell bis zum Einsatz einer neuen Energie-Pflanze vor. Zehn Kommunen zeigen, wie es gehen kann.

Die Städte Aalen, Geisa, Dresden, Osnabrück, München und Bremerhaven sowie der Main-Taunus-Kreis, der Landkreis St. Wendel, der Rems-Murr-Kreis und der Kreis Steinfurt haben mit ihren vorbildlichen Projekten beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2020“ gewonnen. In den Bereichen Ressourcen- und Energieeffizienz, Klimaanpassung, Klimaaktivitäten zum Mitmachen und gemeinsame Aktivitäten von Jugend und Kommune bieten sie damit vielen anderen Kommunen gute Ideen und Blaupausen. Nachahmen ist ausdrücklich erwünscht. Hier eine kleine Auswahl der ausgezeichneten Projekte.

Der Main-Taunus-Kreis in Hessen entwickelte mit seinem Strombilanzkreismodell eine Strategie, um überschüssige erneuerbare Energie, die in seinen Liegenschaften produziert wird, bilanziell nicht ins öffentliche Netz einzuspeisen, sondern in eigenen Liegenschaften ohne regenerative Stromerzeuger zu verbrauchen. Dadurch erhöht der Kreis die Wirtschaftlichkeit seiner Anlagen und den Versorgungsgrad mit selbst erzeugtem, klimafreundlichem Strom vor Ort. Jährlich können so Gelder in fünfstelliger Höhe eingespart und in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden.

Der saarländische Landkreis St. Wendel leistete dagegen mit dem systematischen Probeanbau der Energiepflanze „Durchwachsene Silphie“ einen Beitrag zu Klimaanpassung und -schutz. Dank dieses Pioniergeistes trägt die klimarobuste Energiepflanze nun zur Einsparung von Ressourcen und zur regionalen Energiewende bei.

Mit seinem Förderprogramm „Agenda 2030 – Projekte für eine nachhaltige Entwicklung mit Bezug zum Klimaschutz“ unterstützt der Rems-Murr-Kreis aus Baden-Württemberg gemeinnützige Vereine mit Sitz im Kreis bei der Umsetzung von Klimaschutzrelevanten und nachhaltigen Projekten. Andere Kommunen können das Förderprogramm bei Interesse an ihre Bedürfnisse anpassen und übernehmen. Notwendige Informationen und Unterlagen stellt der Kreis gern zur Verfügung.

Die Stadt Bremerhaven schließlich hat mit dem Jugendklimarat Bremerhaven ein ständiges Beteiligungsgremium etabliert, das die

Zusammenarbeit von Jugendlichen und Verwaltung stärkt und den Mitgliedern tiefere Einblicke in kommunale Entscheidungsprozesse ermöglicht. Mit eigenen Projekten und Initiativen kann sich der Jugendklimarat aktiv im kommunalen Klimaschutz und bei der Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels einbringen. Dies fördert das Klimaschutzbewusstsein junger Menschen in Bremerhaven und trägt zu einer zukunftsfähigen Stadtgestaltung bei.

Auch in diesem Jahr konnten Städte, Landkreise und Gemeinden beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ mitmachen und ihre Bewerbungen bis zum 20. April 2021 einreichen. Gefragt waren



Foto: Hearts&Minds/Difu

erfolgreiche Projekte aus den Bereichen Ressourcen- und Energieeffizienz, klimafreundliche Mobilität, Klimaaktivitäten zum Mitmachen sowie Klimaschutz durch Digitalisierung. Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt voraussichtlich im November 2021 in Berlin. Ausrichter des Wettbewerbs sind das Bundesumweltministerium und das Difu; Kooperationspartner die kommunalen Spitzenverbände. Der Wettbewerb wird im Rahmen des vom Bundesumweltministerium geförderten Projekts „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ durchgeführt.



www.difu.de/16593



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 30 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk
+49 30 340308-17
vorwerk@difu.de

Mikromobilität

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Mikromobilität ist die Fortbewegung mit elektrisch motorisierten sowie nicht motorisierten Kleinst- und Leichtfahrzeugen, auch Elektrokleinstfahrzeuge genannt. Dazu zählen E-Tretroller bzw. E-Scooter, Tretroller, Segways, E-Leichtfahrzeuge, Hoverboards, Monowheels und auch E-Skateboards und klassische Skateboards. All diese Fortbewegungsmittel sind leicht, kompakt und in erster Linie für die individuelle Mobilität konzipiert. Ihre geringe Größe und der meist elektrische Antrieb bieten besonders im städtischen Umfeld deutliche Vorteile gegenüber dem Pkw.

Mikromobilität dient nicht in erster Linie dazu, bisherige Hauptverkehrsmittel zu ersetzen. Sie kann die individuelle Mobilität jedoch erleichtern und umweltfreundlicher gestalten. Die größten Potenziale werden im Einsatz als Zubringer auf der ersten bzw. letzten Meile im Zusammenspiel mit dem öffentlichen Verkehr gesehen, zum Beispiel zur Verknüpfung von Umland, Stadtrand und Innenstadt.

„Mikromobile leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität, vor allem, wenn sie konventionelle Pkw-Fahrten ersetzen.“

Der erste Sharing-Anbieter im Segment E-Tretroller ging im Herbst 2017 in Santa Monica/USA an den Markt. Anschließend zogen erste europäische Städte nach. In Deutschland erfolgte die Einführung mit Inkrafttreten der Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen (mit Lenk- und Haltestange) am Straßenverkehr im Juni 2019. Seitdem ergänzen E-Tretroller das Mobilitätsangebot deutscher Großstädte.

In welchem Umfang die neue Mikromobilität als Baustein nachhaltiger Mobilität auch einen Beitrag zur angestrebten Verkehrswende leisten kann, werden künftige Studien zeigen. Aktuell gibt es noch zu wenige Untersuchungen zu den (Umwelt-)Wirkungen von Elektrokleinstfahrzeugen und deren Sharing-Angeboten, um dies beurteilen zu können.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch 3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a.,

2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €

ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting

(Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte

erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen

Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020

Von J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge

2021, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/16344

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

Von Sandra Wagner-Endres

2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15617

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwander: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de



Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwander kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwander auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 2/2021

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Bürgerschaftliches Engagement in der Pandemie **NEU**

Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Stadt Speyer

Von Florian Harz und Carsten Kühl

2021, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/16657

Jahresrückblick 2020 **NEU**

Difu (Hrsg.)

2021, 24. S., nur online

➔ www.difu.de/16636

OB-Barometer 2021 **NEU**

Difu (Hrsg.)

4 S., kostenlos

➔ www.difu.de/16654

Das Umland der Städte **NEU**

Chancen zur Entlastung überforderter Wohnungsmärkte. Plausibilitäten – Determinanten – Restriktionen

Von Carsten Kühl, Ricarda Pätzold u.a.,

i.A. des Verbändebündnisses Wohnungsbau

2021, 72 S., nur online

➔ www.difu.de/16618

KfW-Kommunalpanel 2021 **NEU**

Von Christian Raffer und Henrik Scheller,

i.A. der KfW Bankengruppe

2021, 32. S., nur online

➔ www.difu.de/16620

Klimaguides No. 2, 3 und 4: Gemeinschaftsküche im Quartier, Mobilitätsportal, Gemeinschaftsgärten **NEU**

Von diversen Difu-Autor*innen, BMU (Förd.)

2021, je 7 S., nur online

➔ www.difu.de/16609, [/16610](http://www.difu.de/16610), [/16611](http://www.difu.de/16611)

Nationaler Fortschrittsbericht zur Umsetzung der New Urban Agenda **NEU**

Von Oliver Peters u.a., BBSR (Hrsg.)

2021, 123 S., nur online

➔ www.difu.de/16613

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2020 **NEU**

Klimaaktive Kommune 2020. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik

Von Anna Hogrewe-Fuchs u.a., Difu (Hrsg.), BMU (Förd.)

2021, 82 S., nur online

➔ www.difu.de/16593

#Klimahacks No. 8 – Mach dein Projekt zur Digitalisierung für die Energiewende **NEU**

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz

Von M. Peters und U. Vorwerk, BMU (Förd.)

2021, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/16588

Investitionsbedarfe und finanzielle Tragfähigkeit im „Konzern Stadt Köln“ **NEU**

Szenariobasierte Betrachtungen

Von Stefan Schneider, Henrik Scheller u.a.

2021, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/16405

Klimaschutz im Gebäudesektor – Neue Wege für die Wohnungswirtschaft **NEU**

Impuls für das Strategieforum „Wohnungswirtschaft“ des Grünen Wirtschaftsdialogs

Von D. Michalski, P. Reiß, W.-Chr. Strauss

2021, 29 S., nur online

➔ www.difu.de/16372

Parking Standards as a Steering Instrument in Urban and Mobility Planning

Von Jürgen Gies, Martina Hertel, Susan Tully

2021, 40 S., nur online

➔ www.difu.de/16332

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2020

Schwerpunktthema Klima und Energie

Von J. Jossin u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2021, 140 S., nur online

➔ www.difu.de/16324

DStGB-Dokumentation „Kommunen innovativ“

Ansätze für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Städten und Gemeinden

Von S. Bock und J. Diringer, DStGB u. Difu (Hrsg.)

2021, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/16323

Studie Lokale Ökonomie BIWAQ

ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier – BIWAQ“

Von Stefan Schneider u.a., BBSR (Hrsg.)

2021, 73 S., nur online

➔ www.difu.de/16327

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung

Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis

Von L. Adrian, A. Bunzel, D. Michalski, R. Pätzold

2021, 115 S., online und kostenlose Printversion

➔ www.difu.de/16296

Mit On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehre modernisieren

Werkstattbericht zu Chancen und Herausforderungen

Von J. Gies und V. Langer, BMBF (Hrsg.)

2021, 55 S., nur online

➔ www.difu.de/16282

Vom Stadtumbau zur städtischen Transformationsstrategie

Von R. Riechel, H. Scheller, J. Trapp, J. Libbe u.a., BBSR (Hrsg.)

2020, 94 S., nur online

➔ www.difu.de/16357

Bestand und Zustand des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt **NEU**

Mittel- und langfristige Investitionsbedarfe

Von Christian Raffer u.a.

2020, 37 S., nur online

➔ www.difu.de/16173

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen: Mehrwert für Haushalt und Umwelt

Eine Handreichung für Kommunen

Von Corinna Altenburg u.a.

2020, 31 S., kostenlos, auch online

➔ www.difu.de/15833

Kommunale Antworten auf die globale Corona-Krise: Finanzen, Innovationskraft und Lebensqualität verbessern

Kurzexpertise im Auftrag des DST

Von Carsten Kühl, Henrik Scheller u.a.

2020, 26 S., nur online

➔ www.difu.de/15723

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein

Handlungsleitfaden City2Share

Uta Bauer, Thomas Stein, Victoria Langer (Hrsg.)

2020, 68 S., kostenlos, auch online

➔ www.difu.de/15889

Stadtentwicklung in Coronazeiten

Von Arno Bunzel und Carsten Kühl

2020, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/15641

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl., 2018, 454 S., nur online

➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

Städtisches Wissen

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2021, ca. 180 S., in Vorbereitung

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

50 Jahre Moderne Stadtgeschichte

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2020, 184 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2020, 174 S.

Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €

➔ www.difu.de/16340

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2020 **NEU**

Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.)

2021, 210 S.,

Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €

➔ www.difu.de/16341



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften, die besonders eng mit dem Difu kooperieren und das Institut durch eine jährliche Zuwendung unterstützen. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

**Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann**
Beratung eBooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

**Susanne Plagemann,
M.A.**
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Ulrike Wolf**
Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwunderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge.

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu

lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Kostenfreier Zugang in die Difu-Datenbank ORLIS

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybilie Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Leoni Yelda Grönlund,
Vera Gutofski, Johannes Maximilian Holz,
Dr. Sinje Hörlin, Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Vera Gutofski

Fotos

Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw.
www.unsplash.com
Herzlichen Dank an alle Fotografierten
sowie an die Plattformen für die kostenfreie
Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 47/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 25.5.2021

Druck

oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Zweitverwendung der Beiträge:

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF an die
Difu-Pressestelle erbitten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den verschiedenen Projekt-Websites,
die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt:

- ➔ www.difu.de/
- ➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über
Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue
Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und
vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print-
und Online-Version. Der Umstieg auf die papier-
lose Version hat viele Vorteile: Umwelt schonen,
Platz sparen, früher informiert sein – und das
Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel
ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen
und absenden. Eine Bestätigung folgt per Mail.
Senden Sie anschließend einfach eine Mail an
presse@difu.de und teilen uns mit, welche Post-
adresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen
eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen
eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft
(PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das
Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der
Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten ent-
fallen. Das Archiv reicht bis 1996 zurück.

- ➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
- ➔ www.bit.ly/3oNYFGd (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert der kostenfreie
E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interes-
sante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

- ➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum
Download auf der Difu-Homepage zur Verfü-
gung. Andere können als Printexemplare oder
eBooks käuflich erworben werden.

- ➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich
bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen
Thema zur Zukunft der Städte befasst.

- ➔ www.difu.de/veranstaltungen

Social Media-Kanäle

Über Facebook und Twitter kommuniziert das
Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus
dem Institut bzw. zu kommunal relevanten
Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veran-
staltungen können auf Youtube live verfolgt oder
„nachgesehen“ werden:

- ➔ www.facebook.com/difu.de
- ➔ www.twitter.com/difu_d
- ➔ www.bit.ly/2KwY0QG (Youtube)

Presseverteiler

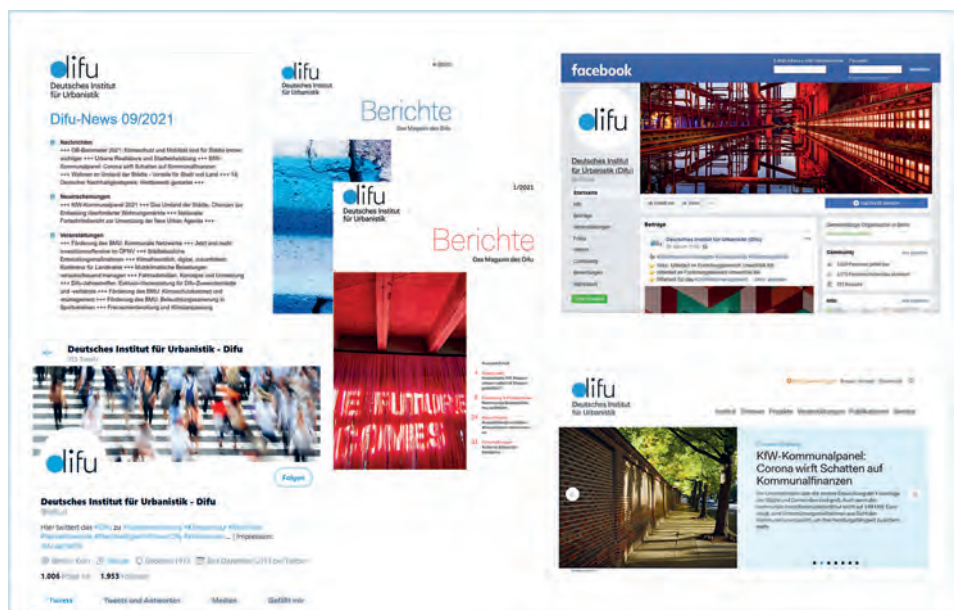
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

- ➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen

- ➔ www.difu.de/15162



Wer soll an die Bordsteinkante – Curbside Management

In größeren Kommunen sind die Zeiten, wo man Autos auf den Straßen überall an der Bordsteinkante parken konnte, schon lange vorbei. Immer mehr Nutzungsansprüche konkurrieren um den Platz auf der Straße, auch neue Mobilitätsangebote brauchen Platz.

Für innovative Ansätze im Verkehrssektor haben sich deutschsprachige Begriffe oft nicht durchgesetzt, beispielsweise Park & Ride, Car Sharing oder Bike & Ride. Dazu kommt jetzt vielleicht Curbside Management.

Auf vielen innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen geht es oft überhaupt nicht mehr um die Frage, wer am Bordsteinrand auf der Fahrbahn halten oder parken darf, sondern um die Anlage von Radfahrstreifen, Abbiegefahrbahnen oder Busspuren.

Mit den Verkehrszeichen der Straßenverkehrsordnung lässt sich das Halten und Parken vernünftig regeln lässt. So lassen sich Haltestellen und Taxistände anordnen, Halteverbote einrichten, um den Verkehrsfluss zu sichern oder E-Fahrzeuge zu bevorzugen, und Exklusivrechte für Behinderte, Lieferverkehr, oder Car Sharing-Fahrzeuge sichern. Privilegien lassen sich für die Benutzer von E-Ladestellen, Anwohner mit Parkausweis und in Gebieten mit Parkraumbewirtschaftung für Gebührenzahler oder Benutzer von Parkscheiben sichern. Vor allem in Großstädten kommen auch immer mehr verkehrsfremde Nutzungen (Parklets) oder Parkangebote für Fahrräder, Scooter und Motorräder und Leihradstationen. In Zukunft brauchen wir vielleicht sogar Flächen für autonome Autos und Shuttle-Busse, damit die Fahrzeuge nicht computergesteuert herumkurven, bis sie einen geeigneten freien Platz zum Warten auf Ein- oder Aussteigen finden.

Auch neue Verkehrsangebote drängen an den Fahrbahnrand. Vor Corona waren die Shared Mobility-Angebote mit eTretrollern, Scootern, Fahrrädern und Autos zuletzt stark gewachsen, und „Mobility as a Service“ stand hoch Kurs. Sharing –und Poolingdienste bekommen gerade aus verkehrs- und klimapolitischen Gründen besondere Aufmerksamkeit, um den motorisierten Individualverkehr einzudämmen. Gerade für solche neuen Mobilitätsangebote ist der Zugang zur Bordsteinkante besonders wichtig, und erschwert den Marktzugang. Die herkömmliche Aufteilung des öffentlichen Bordsteinparkplatzes zwischen den Verkehrsträgern behindert integrierte Mobilitätskonzepte, die Umstellung auf nachhaltige Verkehrsträger und eine Zukunft mit autonomen Fahrzeugen.

So wächst die Anzahl an Fahrzeugen und Unternehmen, die um den Zugang zur Bordsteinkante konkurrieren, derzeit viel schneller als die Möglichkeiten der Regulierung.



Foto: Vera Gutorfski/Difu

Ohne engagierte Kommunen, die bereit sind, den Platz am Bordstein für nachhaltige Mobilitätsmöglichkeiten zu reservieren, wird es keine Verkehrswende geben. Im Rahmen ihres Bordsteinmanagements sollten Kommunen Flächen statt für Privatfahrzeuge für Car Sharing-Angebote oder für Ein- und Aussteiger von Ride-Pooling-Diensten sichern. Kommunen sollten Curbside Management betreiben: als einen Rahmen, um die Konflikte zu verstehen und um die unterschiedlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen und integriert zu lösen.

In Deutschland ist der Rahmen, um die Belegung der Bordsteinkante durch Verkehrszeichen zu regeln, durch die StVO und ihre VwV mehr oder weniger bundesweit einheitlich geregelt. In anderen europäischen Ländern oder in den USA haben die örtlichen Behörden dagegen einen größeren Handlungsspielraum. Obwohl die angebliche Privilegienfeindlichkeit der StVO immer wieder betont wird, können Kommunen auch in Deutschland bereits über Parkgebühren und die Gebührenhöhe beim Bewohnerparken entscheiden, und Fahrbahnflächen für öffentliche Verkehrsmittel und ihre Haltestellen, Taxistände, E-Ladesäulen, Car-Sharing-Fahrzeuge, Behindertenparkplätze und Fahrradstellflächen reservieren. Um den Zugang zum Bordstein systematisch steuern zu können, sollten auch die deutschen Städte die aus den USA stammende Idee des Curbside Management übernehmen.



www.difu.de/16162



Rachel Nadkarni

Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Strategien für inklusives Wohnen

Das Difu erarbeitet Strategien für inklusives Wohnen, die den gemeinnützigen Wohnungssektor stärken.

Strategien für inklusives Wohnen



www.difu.de/16403



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Julia Diringer
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

**Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold**
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Seit Jahren forscht das Difu in Sachen Integration und Wohnen und berät Städte und Gemeinden. Das EU-Projekt „Inclusive Housing“ will nun auf der europäischen Ebene den Austausch über vorliegende Forschungserkenntnisse fördern. Ausgehend von den spezifischen lokalen Herausforderungen und Ansätzen sollen unterschiedliche Wohnungsmarktstrategien und -politiken diskutiert werden, die länderübergreifend bedeutsam sind. Das Difu hat die Gesamtprojektleitung inne und wirkt im Teilprojekt „Governance für Wohnen“ darauf hin, Strategien für inklusives Wohnen abzuleiten, die den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungssektor stärken.

Der Zugang zu Wohnraum ist – so die Ausgangsannahme – ein Schlüsselfaktor für die Stabilisierung der oft prekären Lebenssituationen von geflüchteten Menschen und damit ein wesentlicher Integrationsfaktor. Entsprechend sind mit Deutschland, Österreich und Schweden drei Länder der EU mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Asylanträgen in das Projekt involviert. Die kooperierenden Städte – Wien, Hamburg und Umeå – sind stark von Migration und Fluchtzwang geprägt und arbeiten an neuen Ansätzen für die Wohnraumversorgung von Geflüchteten sowie anderen prekär lebenden Gruppen.

Um den transnationalen Austausch und die daraus gewonnenen Erkenntnisse vor Ort zu verankern, sind eine Vielzahl von Transfer- und lokalen Praxispartnern in das Projekt eingebunden, u.a. der Deutsche Städtetag und die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Angesiedelt ist das 18-monatige Vorhaben in der BMBF-Fördermaßnahme "Urban Migration" innerhalb der Joint Programming Initiative (JPI) Urban Europe.

Integration im Blick

Das Difu testet die Anwendung eines neu überarbeiteten Integrationsindikatorensatzes in der kommunalen Praxis.



Foto: Vera Gutofski/Difu

In der kommunalen Integrationspolitik finden Monitoringsysteme und Indikatoren seit vielen Jahren Anwendung. Dabei zielen die Kommunen auf ein Beobachtungssystem, das Auskunft darüber gibt, wie sich Teilhabe in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Arbeit, Bildung, Wohnen) darstellt. Mittlerweile zeigt sich allerdings, dass Erhebung und Verwaltung eines umfangreichen Indikatorensatzes auf kommunaler Ebene mit vielen Herausforderungen und einem hohen Aufwand verbunden sind, nicht zuletzt, weil sich Bedarfe im Laufe der Zeit verändern und deshalb neue Indikatoren und entsprechende (regelmäßige) Erhebungen benötigt werden.

Mit dem Projekt „Kommunales Integrationsmonitoring. Begleitung und Erprobung der Indikatorenanwendung – Indikatorensatz 2.0“ reagiert das Difu auf diesen Anpassungsbedarf und setzt ein im Nationalen Aktionsplan Integration (NAP-I) formuliertes Kernvorhaben um. Grundlage hierfür bildet das neu überarbeitete kommunale Integrationsindikatorensatz der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

Im Rahmen des Projekts werden wir pilot- und beispielhaft die Anwendung ausgewählter Indikatoren in der kommunalen Praxis begleiten, deren Handhabbarkeit überprüfen und einen kommunalen Erfahrungsaustausch initiieren. Im Ergebnis sollen Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis, Bund und Länder formuliert werden. Darüber hinaus wird ein Beirat eingesetzt, der die Perspektivenvielfalt sichert und die Interessen verschiedener politischer Ebenen und Zuständigkeiten abbildet.

Das Projekt läuft von April 2021 bis April 2022.

Integration im Blick



www.difu.de/16402



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

**Dr.
Beate Hollbach-Grömig**
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

**Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp**
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Kommunale Wärmeplanung

Neues Instrument für Kommunen zur Umsetzung der lokalen Wärmewende – Studie im Auftrag des Umweltbundesamts.

Kommunale Wärmeplanung



www.difu.de/16589



Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de



Die Gestaltung der lokalen Wärmewende stellt für viele Kommunen ein zunehmend bedeutsames Handlungsfeld dar. Angesichts des Ziels eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 muss der Energiebedarf mittels Effizienzmaßnahmen erheblich reduziert und der verbleibende Wärmebedarf aus erneuerbaren Energien über hoch effiziente Versorgungssysteme gedeckt werden. Dabei müssen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Siedlungsdichten und Sanierungsstände energetische Gebäudestandards, Potenziale erneuerbarer Energien, zentrale und dezentrale Erzeugungsanlagen sowie Versorgungsnetze in Einklang gebracht werden.

Die kommunale Wärmeplanung wird vielfach als ein wichtiges Instrument für die Realisierung der Wärmewende auf kommunaler Ebene betrachtet. In Baden-Württemberg ist sie seit Kurzem für größere Kommunen verpflichtend. Im Auftrag des Umweltbundesamts untersucht das Deutsche Institut für Urbanistik in einem neuen Projekt unterschiedliche Ansätze kommunaler Wärmeplanung aus Wissenschaft und Praxis mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen des Instruments sowie Weiterentwicklungsbedarfe aufzuzeigen. In einem Gutachten werden zehn Forschungsprojekte zur kommunalen Wärmeplanung bzw. Praxisvorhaben mit Pilotcharakter systematisch aufbereitet und hinsichtlich zukünftiger Forschungs- und Handlungsbedarfe ausgewertet. Ergänzt wird die Untersuchung durch Interviews sowie ein Fachgespräch. Dabei wird es auch darum gehen, welche Umsetzungshemmnisse bislang bestehen und wie sie überwunden werden können.

Starke Städte – Donut-Ökonomie



www.difu.de/projekte



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Oliver Peters
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Starke Städte – Donut-Ökonomie

Difu bringt nachhaltiges Wirtschaftsmodell in zwei Pilotstädten auf den Weg: die Donut-Ökonomie.



„Starke Städte. Mit der Donut-Ökonomie kommunale Nachhaltigkeit neu gestalten“ – das ist das Ziel eines neuen gemeinsamen Projekts, das das Difu gemeinsam mit PD – Berater der öffentlichen Hand durchführt. Den Kern des Projekts bildet die Entwicklung eines anwendungsorientierten Konzepts zur Umsetzung des gleichnamigen Wirtschaftsmodells von Kate Raworth einschließlich der Pilotierung in zwei deutschen Kommunen.

Der Ansatz der Donut-Ökonomie greift verschiedene Stränge der Nachhaltigkeitsdebatte auf, die ganz maßgeblich durch die Agenda 2030 und die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen geprägt wird. Er zielt auf eine regenerative und distributive Wirtschaftsweise und basiert auf einem „sozialen Fundament“ und einer „ökologischen Decke“ als Rahmung. In Form von zwei Kreisen ergeben Letztere als Bild einen Donut. Anstelle von Wachstum rückt das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten im kommunalen und regionalen Umfeld. Um eine solche nachhaltige Wirtschaftsweise zu verwirklichen, braucht es politisch zu definierende Zielwerte und Indikatoren sowie ein Monitoring, mit dem entsprechende Fortschritte gemessen werden.

Das Projekt verknüpft mindestens drei zentrale Stränge der gegenwärtigen Stadtentwicklungsdiskussion: die Stärkung lokaler Ökonomien, die Nutzung digital gestützter Datenbestände und die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung. Dem Difu obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Projekts. Dies beinhaltet insbesondere die Entwicklung geeigneter Indikatorensysteme, eines konkreten Umsetzungskonzepts sowie dessen Initiierung in zwei Pilotstädten.

Nachhaltiges Verkehrssystem

Difu erfasst Umfang und baulichen Zustand des kommunalen Verkehrsnetzes sowie notwendige Investitionen.

Nachhaltiges Verkehrssystem



www.difu.de/16413



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de



Foto: Vera Gutofski, Difu

Das Verkehrsnetz in Deutschland weist eine vergleichsweise hohe Dichte und Kapazitätsauslastung auf. Der Bau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur ist kosten- und zeitintensiv. Neben den vorhandenen Nachhol- und Ersatzbedarfen besteht ein erheblicher Aus- bzw. Umbaubedarf mit Blick auf die politisch angestrebte Verkehrswende. Die Bundesregierung hat als Klimaschutzziel für den Verkehrssektor eine Senkung der CO₂-Emissionen um 40 % bis 2030 gesetzt. Dieses Ziel wird von den maßgeblichen Akteuren als ambitioniert eingeschätzt und dürfte zur Erreichung auch einen umfangreichen Umbau der Verkehrsinfrastruktur erfordern. Mit Planungsentscheidungen von heute werden aufgrund der langen Abschreibungsdauern entsprechender Infrastrukturen und Technologien Entscheidungen gefällt, die weit in die Zukunft hinein Folgewirkungen entfalten werden.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel der geplanten Untersuchung, den Umfang des – schwerpunktmäßig kommunalen – Verkehrsnetzes und dessen baulichen Zustand vertieft und valide zu eruieren. Neben der seit Jahrzehnten erstmalig detailliert vorzunehmenden Erfassung der Länge des kommunalen Straßennetzes werden auch die kommunalen ÖPNV-Netze erfasst. Darüber hinaus sollen in der Studie der bauliche Zustand dieser Verkehrsinfrastrukturen erhoben und deren Nachhol- und Ersatzbedarfe sowie die zukünftigen Investitionsbedarfe für den Erhalt der vorhandenen Infrastrukturausstattung abgeschätzt werden. Zusätzlich soll der – im Sinne einer Verkehrswende – bis 2030 zu erwartende Umbaubedarf auf Basis vorliegender Schätzungen und Projektionen qualitativ abgeleitet und am Referenzszenario ohne transformative Elemente gespiegelt werden.

Stadtentwicklung und Mobilität



www.difu.de/16415
www.bit.ly/2QDts3d



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Yulika Zebuhr
+49 89 520309-841
zebuhr@acatech.de

Stadtentwicklung und Mobilität

Wie gestalten wir die lebenswerte Stadt bzw. Stadtregion von morgen? Difu begleitet acatech-Forschungsprojekt.



Foto: Jürgen Gies, Difu

Neue Konzepte urbaner Mobilität sowie einer integrierten Planung von Raumstrukturen und Mobilität/Verkehr sind zentral, um Umweltbelastungen in den Städten zu verringern und dem Klimawandel zu begegnen, aber auch um Chancengleichheit und die Vielfalt städtischen Lebens zu ermöglichen. Eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens, der Stadtplanung und technologische Innovationen müssen dabei Hand in Hand gehen.

Das vom BMVI geförderte Projekt „Integrierte Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung (ISM)“ will aufzeigen, wie eine integrierte Regions-, Stadtentwicklungs- und Mobilitätsplanung gelingen kann, die sowohl Umweltbelastungen reduziert als auch die Chancen nutzt, die urbanes Zusammenleben und kurze Wege in multifunktional gemischten Stadträumen bieten. Dabei zielt das Projekt nicht nur darauf ab, die Qualität von Stadträumen und Sozialverträglichkeit unter besonderer Berücksichtigung umwelt- und klimapolitischer Ziele zu verbessern, sondern es möchte darüber hinaus Anreize für eine Verhaltensänderung und eine neue Stadtkultur setzen. Zu diesem Zweck werden Rahmenbedingungen, Konzepte, Umsetzungsstrategien, Prozesse und Kooperationen auf Erfolgsaussicht und Wirksamkeit untersucht. Ziel ist es, konkrete Lösungsansätze anzuregen, einen kommunalen/regionalen Leitfaden zu entwickeln und Empfehlungen für Politik und Wirtschaft zu geben.

Das Difu begleitet das Forschungsprojekt der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V. und unterstützt insbesondere bei der empirischen Bearbeitung des Vorhabens, beim Wissenstransfer und bei der Vernetzung von kommunalen Akteur*innen.



Foto: Christine Grabarse/Difu

Difu-Fortbildung

Das Difu bietet coronabedingt – zunächst bis Ende Juni – weiterhin Online-Formate an. Abhängig von der weiteren Entwicklung werden so bald wie möglich wieder Präsenzseminare in das Veranstaltungsangebot aufgenommen.

Bis zum Face-to-face-Wiedersehen freut sich das Institut auf spannende gemeinsame Onlinezeiten.

1. Halbjahr 2021 (Auswahl)

Förderung des BMU: Kommunale Netzwerke – Online-Sprechstunde zur Kommunalrichtlinie: Antragstellung leicht gemacht!

SK:KK-WebSeminar
7. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16624

Jetzt erst recht: Investitionsoffensive im ÖPNV – Schlüssel für die Verkehrswende
Difu-WebSeminar

10.–11. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/15685

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – Strategische Option und operatives Handling

Difu-WebSeminar
14.–15. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/15689

Klimafreundlich, digital, zukunftsfest: Konferenz für Landkreise im Klimaschutz

14.–15. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16328

Multiklimatische Belastungen vorausschauend managen – Ergebnisse des kommunalen Leuchtturmprojekts „Multiklima“

15. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16641

Fahrradstraßen – Konzepte und Umsetzung

Fahrradakademie-WebSeminar
15.–16. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16015

Difu-Jahrestreffen

Exklusiv-Veranstaltung für Difu-Zuwanderstädte und -verbände

Difu-WebSeminar
17. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16633

Klimaschutzkonzept und -management

SK:KK-WebSeminar
17. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16625

Beleuchtungssanierung in Sportvereinen

SK:KK-WebSeminar
21. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16626

Solaranlagen in der Altstadt? – Herausforderung Pariser Klimaschutzziele in Denkmalbereichen

Difu-WebSeminar
21. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16658

Freiraumentwicklung und Klimaanpassung – Strategien und Erfahrungen

Difu-WebSeminar
22.–23. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/15690

Einen Überblick aller Veranstaltungen sowie Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:

➔ www.difu.de/programm

Neue Seminarreihe zu guten und sicheren Kreuzungen für alle

Kreuzungen und Einmündungen an Hauptverkehrsstraßen sind oft Unfallschwerpunkte. Radfahrende und Fußgänger*innen sind meist besonders schwer betroffen. Um die Sicherheit zu verbessern gilt es, ein Kreuzungsdesign zu entwickeln, das gute Sichtbeziehungen und eine klare Regelung der Verkehrsabläufe vereint. In Fortsetzung der Difu-Fortbildungsreihe in Kooperation mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) geht es darum, Kommunen aktuelle Kenntnisse zu Rahmenbedingungen und zum Instrumentarium für die Planung und Gestaltung zu vermitteln. Good-Practice- und Planungsbeispiele aus der Praxis sollen den Erfahrungsaustausch anregen. Fünf Präsenztermine an verschiedenen Orten sind geplant, die unter Berücksichtigung der Pandemieentwicklungen ggf. auch als Onlineformate stattfinden.

➔ www.difu.de/16615

Weitere Veranstaltungsangebote:

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/programm

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Fahrradakademie

➔ www.fahrradakademie.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Planerische Experimente geben Impulse für die Zukunftsstadt

Kreative Methoden und Prozesse werden in der städtischen Planung immer wichtiger: Im Difu-WebSeminar "Impulse für die Zukunft" ging es um den Austausch von Erfahrungen mit Formaten der Kooperation und Koproduktion.

Dynamische Entwicklungen, wie etwa der Klimawandel, die digitale Transformation, der Verlust an Biodiversität oder Migrationsprozesse, wirken sich in unseren Städten unmittelbar aus und führen nicht zuletzt zu Flächenkonflikten. Lösungen für diese zentralen Herausforderungen lassen sich meist nur durch gemeinschaftliche Erschließung der Zukunft und innovative Formen der Zusammenarbeit finden. Es geht um die Organisation gesellschaftlicher Lernprozesse. Unterschiedliche Akteure mit ihrem jeweiligen Wissen sollen zusammengebracht werden, um gemeinsam die urbane Transformation für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gestalten. Dabei sind die Städte mit ihren Verwaltungen selbst wichtige Agenten des Wandels: Sie moderieren diese Lernprozesse nicht nur, sondern machen sie zum elementaren Gegenstand ihres planerischen Alltags.



Was das bedeuten kann, wurde im Difu-Seminar anhand mehrerer Projekte aus der „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt“ sowie der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vorgestellt. Beide verfolgen das Ziel, über Experimente und Erprobung und unter Einbindung von gesellschaftlichen Gruppen, die üblicher Weise nicht an klassischen Beteiligungsformaten mitwirken, innovative Lösungen zu finden und konkrete Veränderungen vor Ort zu erzeugen.

Ein Beispiel dafür ist die Stadt Boizenburg/Elbe, wo im Rahmen des Projekts GoingVis Visionen für die Stadt im Klimawandel entwickelt werden.

Dort geht es um eine abholende wie aufsuchende Beteiligung. Im Fokus stehen Orte, mit denen sich die lokale Bevölkerung besonders identifiziert und an denen sie erfahren kann, was der Klimawandel bewirkt. Als weiteres Projekt wurde KlimaNetze Bielefeld vorgestellt, wo mit breiter Beteiligung ehrenamtlicher Akteur*innen ein sogenanntes KlimaTriebwerk als institutionalisierte Plattform für lokalen Klimaschutz entstanden ist. Im Projekt EXPERI wurde im Sinne des Tactical Urbanism vorübergehend ein Platz im Berliner Stadtteil Charlottenburg für den Verkehr gesperrt und durch diese Intervention ein Nachdenken der umliegenden Bevölkerung über die Nutzung und Gestaltung des Platzes angestoßen. Spezifische Zielgruppen anzusprechen und deren Erfahrungen für ko-produktive Stadtentwicklung zu nutzen, spielt bei der Methode des DesignThinking eine besondere Rolle. Hierfür steht das Projekt Migrants4 Cities in Mannheim. Wie auch im Projekt KOOP:LAB in Dortmund, Hannover und Leipzig sind es hier nicht zuletzt Menschen mit internationalem Lebenshintergrund, die durch gemeinschaftliche Gestaltung gesellschaftliche Teilhabe erfahren.

Das Konzept des Reallabors knüpft an bekannte Formate kooperativer Planung und des Stadtumbaus an, wie sie in der Stadtentwicklung und -forschung seit langem angewendet werden. Es setzt mit seinem dezidiert transformativen Anspruch aber einen neuen Impuls, weshalb sich die Frage stellt, ob diese Labore für urbane Transformation nicht dauerhaft installiert werden sollten. Ob dies ein geeigneter Weg sein kann, musste in der Diskussion im WebSeminar offen bleiben. Große Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass Planung für nachhaltige Stadtentwicklung auf niedrigschwellige Beteiligungsformate am konkreten Ort setzen sollte. Entscheidend dabei ist eine Planungskultur, die auf bewusstes Ausprobieren, Inspiration und Kooperation setzt und bereit ist, sich auf länger andauernde Transformationsprozesse einzulassen. Eine wissenschaftliche Begleitung von Konzeption und Durchführung wurde dabei von vielen Teilnehmer*innen des Difu-WebSeminars als sinnvoll angesehen und die diesbezügliche Forschungsförderung ausdrücklich begrüßt.



www.bit.ly/3bOK6UL
www.difu.de/16637



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Eine Stadt für alle: inklusiv, vernetzt, barrierefrei

Herausforderungen und Chancen für eine inklusive Stadtplanung wurden im Februar im Difu-WebSeminar "Eine Stadt für Alle - inklusiv - vernetzt - barrierefrei" thematisiert. Dabei ging es auch darum, Potenziale der Digitalisierung zu erörtern.

Durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat der Diskurs um Inklusion in Deutschland – auch außerhalb bildungspolitischer Auseinandersetzungen – erheblichen Aufwind erfahren. Der Kerngedanke der Inklusionsprogrammatik – allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen – war richtungweisend für das seit 2017 schrittweise in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz, mit dem weitreichende Reformen im Eingliederungshilferecht (SGB IX) einhergehen. In der Folge haben einige Bundesländer den Ausbau sozialraumorientierter und inklusiv ausgerichteter Angebote mit einer kommunalen Planungsverpflichtung verknüpft, deren tatsächliche Wirkkraft auf der Ebene des kommunalen Handelns vor Ort bislang noch offen ist.

Durch den Lockdown zu Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 sind vielerorts Planungs- und Umsetzungsprozesse hin zu einer gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Stadtentwicklung zunächst ins Stocken geraten. Ebenso blieben wichtige Teilhabe- und Zugangsmöglichkeiten insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigungen verschlossen – auch auf der Ebene zentraler Versorgungsstrukturen sozialer Dienstleistungen, wie Ämter, Gesundheitsversorgung und Pflege.

Vor diesem Hintergrund fand im Februar 2021 das Difu-WebSeminar „Stadt für Alle - inklusiv – vernetzt – barrierefrei“ statt und bot Raum, um die Herausforderungen und Entwicklungsbedingungen für eine inklusive Stadtplanung zu thematisieren. Dabei waren auch Fragen zu den Potenzialen einer verstärkten Digitalisierung für die Weiterentwicklung eines inklusiven, vernetzten und barrierefreien Gemeinwesens wichtig.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Inputs aus der Perspektive unterschiedlicher Akteur*innen vor Ort. Sie gaben den insgesamt 51 Teilnehmer*innen u.a. auch durch konkrete Praxisbeispiele Einblick in verschiedene Strategien zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen. So stellte etwa Ingeborg Stude von der Berliner Senatsverwaltung unter dem Fokus „Bauen“ das Design for All in der nachhaltigen Stadtentwicklung Berlin vor. Bettina

Herlitzius machte unter dem Fokus „Verwaltung“ aus der Perspektive des Amts für Inklusion in der Städteregion Aachen auf die strukturellen und alltagspraktischen Herausforderungen für Behinderten- oder Inklusionsbeauftragte im Kontext kommunaler Verwaltungsstrukturen vor Ort aufmerksam. Mit den Inputs von Bianca Rodekoer zum Programm „SeWo - Selbstständiges und technikunterstütztes Wohnen im Quartier“ des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und Karen Haubenreisser zum Programm Q8plus zur Sozialraumorientierung in Hamburg fanden außerdem



die Themen „Wohnen“ und „Quartierslotsen“ Berücksichtigung. Dr. Reiner Schmolze-Krahn vom Technology inclusion lab e.V. fand klare Worte zu den mannigfaltigen Entwicklungserfordernissen im Bereich digitale Infrastruktur – auch und insbesondere mit Blick auf die Gestaltung barrierefrei zugänglicher Websites für alle Bürger*innen. Trotz der durch die Corona-Pandemie eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten für alle und die vielerorts prekäre Situation bezüglich digitaler Infrastruktur zeichnete sich unter den Teilnehmer*innen ein vorsichtig optimistisches Bild ab, was die Zukunft einer inklusiven Stadtplanung angeht: Der Eindruck, dass die Digitalisierung in Kommunen durch die Pandemie einen längst überfälligen Schub erhalten habe, überwog. Mit diesem digitalen Fortschritt verbanden viele Teilnehmende die Hoffnung auf verbesserte Teilhabemöglichkeiten im inklusiven Gemeinwesen der Zukunft.



www.difu.de/13113



Dr. Jessica Dzengel
+49 30 39001-140
dzengel@difu.de



Beteiligung als ein Erfolgsfaktor für urbane Sicherheit

Urbane Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Difu-WebSeminar ging es um die Frage, wie Bürger*innen in die Lösungsentwicklung und in die Umsetzung einbezogen werden können und wo Chancen sowie Grenzen der Beteiligung liegen.

Kommunen sind häufig die ersten Anlaufstellen für Bürger*innen, wenn es um Fragen mangelnder Sicherheit oder ein subjektives Unsicherheitsgefühl geht. Urbane Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert eine gute Zusammenarbeit der professionellen Sicherheitsakteur*innen in den Kommunen sowie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Besonders Frauen, Jugendliche, Senior*innen und Bevölkerungsgruppen, die von Marginalisierung und Diskriminierung betroffen sind, sollten nicht nur von Planenden der Präventionsmaßnahmen berücksichtigt werden, sondern eine aktive Rolle bei der Gestaltung von urbaner Sicherheitspolitik spielen.

Mittlerweile gibt es viele Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger*innen bei der Lösung von Ordnungs- und Sicherheitsproblemen. Das WebSeminar "Gemeinsam handeln für urbane Sicherheit!", das vom Difu und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) im März veranstaltet wurde, gab einen Überblick über bestehende Maßnahmen und einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen mit Beiträgen aus Forschung und Praxis und bot die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin beleuchtete das Verhältnis von staatlichem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement bei der lokalen Sicherheit. Er betonte die Rolle von Nachbarschaftlichkeit, Begegnungen und der Wirksamkeit kollektiver Lösungsoptionen.

Unterschiedliche Methoden für beteiligungsorientierte Sicherheitsarbeit im Wohnumfeld - wie Präventionsspaziergänge oder Emoji-Mapping - stellte Dr. Anke Schröder vom Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit im Landeskriminalamt Niedersachsen vor.

Brigitte Gans, die seit 2015 das Konzept für ein Allparteiliches Konfliktmanagement in München (AKIM) erarbeitet und diese zentrale Stelle im Sozialreferat der Landeshauptstadt München aufgebaut hat, stellte Aktivitäten für ein respektvolles Miteinander im öffentlichen Raum vor.

Mannheim hatte den ersten „Nachtbürgermeister“ in einer deutschen Kommune. Robert Gaa, der aktuelle „night mayor“, zeigte, wie er die unterschiedlichen Ziele seiner Arbeit verbindet: die Nachtkultur stärken, neue Impulse für das Nachtleben entwickeln und in Konfliktfällen mit Anwohner*innen vermitteln.

Wilfried Brandt, Stadtplaner im Stadtplanungsamt Düsseldorf, erläuterte quartiersbezogene Modelle, die Bürger*innen in die Schaffung und Erhaltung sicherer Orte im Stadtteil einbeziehen am Beispiel der Arbeit des Runden Tisches Wersten.



Das Ziel von Gemeinwesenarbeit ist es, Begegnungen zwischen Nachbar*innen herzustellen und eine gelingende Nachbarschaft zu fördern. Johanna Klatt vom Praxisnetzwerk für Soziale Stadtentwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Nds. e. V. (LAG) stellte vor, wie Gemeinwesenarbeit zu mehr Sicherheit im Quartier beitragen kann.

Wie man durch Rauminterventionen Konflikte zusammen mit marginalisierten Gruppen bearbeiten kann, zeigte Janina Hentschel, die das Büro für Kommunale Prävention der Stadt Augsburg leitet.

Im WebSeminar wurde deutlich, dass die Beteiligung von zahlreichen Akteur*innen langfristig zu mehr Aufenthaltsqualität und einem verbesserten Sicherheitsgefühl beitragen kann. Trotz inzwischen vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten gibt es hinsichtlich des Zugangs und der konkreten Beteiligung von marginalisierten Gruppen nach wie vor viel Handlungsbedarf.



www.difu.de/16632



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Anna Rau
Deutsch-Europäisches
Forum für Urbane Sicherheit
(DEFUS)
+49 511 36739420
defus@defus.de

Werkzeuge zur Gestaltung der Verkehrswende

In Zeiten ständig wachsender Mobilitätsangebote ist die Steuerung der Verkehrsplanung durch Kommunen wichtiger denn je. Ein zweitägiges WebSeminar des Difu zeigt, welche Werkzeuge Städten dabei zur Verfügung stehen.

Mehr Lebensqualität im öffentlichen Raum, Straßen und Parkplätze umnutzen, um Sharing-Angebote, Radverkehrsnetze und breitere Fußwege ins Verkehrssystem zu integrieren. Selbst kleine Fortschritte in Richtung Verkehrswende brauchen viel Kraft und Zeit. Um ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, müssen Kommunen die verkehrspolitische Richtung steuern.

Drei Jahre nachdem der Deutsche Städtetag 2018 seine Agenda „Nachhaltige Mobilität für alle – Bausteine für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht“ beschlossen hatte, zog Beigeordneter Hilmar von Lojewski Ende März 2021 eine erste Bilanz: Viele Kommunen haben inzwischen Strategien und Projekte für eine Verkehrs- und Mobilitätswende. Auch der finanzielle Rahmen hat



Foto: Dirk Schmidt, Qimby

sich verbessert, aber zu wenig wird umgesetzt. Der Flaschenhals liegt jetzt bei den Planungs- und Ausführungskapazitäten. Auf Bundesebene sei es noch nicht gelungen, die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Grundlagen zu verbessern, um einen flexiblen Handlungsspielraum für Experimente und mehr Tempo 30 zu schaffen.

Aber es gibt durchaus ermutigende Beispiele: So war es unter den finanziell und personell schwierigen Rahmenbedingungen im Berlin der Jahrtausendwende gelungen, im Stadtentwicklungsplan Verkehr mit Stakeholdern ein klares Leitbild und Prioritäten zu vereinbaren, um die knappen Ressourcen klug zu nutzen. Hohe Agilität beweisen die neuen Pop-Up-Bikelandes in Friedrichshain-Kreuzberg. Zu Beginn der Pandemie sank die

ÖPNV-Nutzung und aktive Mobilität wurde wichtiger. Rückenwind bot § 43 des neuen Berliner Mobilitätsgesetzes („Radverkehrsanlagen an oder auf Hauptverkehrsstraßen“). Bei gemeinsamen Ortsterminen des Tiefbauamts und der Straßenverkehrsbehörde wurde der rechte Fahrstreifen nach §47 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erst mündlich als Radweg angeordnet, gleich per Baustellenmarkierung realisiert und danach „verschriftlicht“.

Vorgestellt wurden Governance-Modelle für die Entwicklung von Visionen aus Bern, New York, Paris und Amsterdam: Stadtplanung für die Menschen und mit den Menschen, Co-Creation als Dritter Weg, unter Zugehörigkeit und Verantwortung der Bevölkerung („The Belonging City“). In einem EU-Projekt testen 14 europäische Städte ein Auditverfahren zur Parkraumpolitik (ParkPad), um die üblichen Widerstände kooperativ zu überwinden. Außerdem wird Curbsidemanagement (Bordsteinmanagement) empfohlen, um die rechte Fahrspur zu regulieren und z.B. für Online-Fahrdienste, Sharing-Angebote, Elektrotankstellen oder Radwege zu nutzen.

Mut machen auch die Pläne aus Bremen und Rotterdam. Bremen sichert Fußgänger*innen ihren Platz auf den illegal beparkten Gehwegen und plant autofreie Quartiere mit Carsharing, Bikesharing und E-Tretrollern. Umsetzung braucht Mut und Verkehrsüberwachung Konsequenz: Es gilt Parkverbote durchzusetzen sowie häufiger und stadtweit zu kontrollieren. Rotterdam lässt bald nur noch emissionsfreie Lastwagen in die Stadt: Innerhalb eines Autobahnringes entsteht eine Null-Emissions-Zone, wo – ebenso wie in 30 weiteren niederländischen Städten – zunächst die Umstellung auf Elektrofahrzeuge gefördert und dann andere Fahrzeuge unterbunden werden.

Wie Stadtreparatur aussehen kann, wenn sich der Autoverkehr halbiert, zeigte ein preisgekrönter Wettbewerbsbeitrag zur Umgestaltung der B14 zwischen Innenstadt und Neckartor in Stuttgart. Der politisch umstrittene Entwurf sieht vor, den wegen hoher Schadstoffbelastung medienbekannten Straßenabschnitt zu einem multifunktionalen, stadtökologisch erneuerten Raum umzubauen, inspiriert durch die Ramblas in Barcelona.



www.difu.de/16639



Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de

Wie die kommunale Wärmewende gelingen kann

Methoden, Werkzeuge und Lösungsvorschläge für ein Gelingen der Wärmewende wurden in einem Difu-WebSeminar vorgestellt und diskutiert. Dabei ging es sowohl um die Perspektive der Kommunen als auch die der Länder und des Bundes.

Etwa die Hälfte des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland wird allein für die Bereitstellung von Wärme benötigt. Um die Klimaziele zu erreichen und die dazu notwendige Energiewende erfolgreich umzusetzen, ist es unerlässlich, auch den Wärmesektor zu betrachten. Neben einer gesteigerten Nutzung von Wärmeenergie aus erneuerbaren Energiequellen spielt das Thema Wärmeeffizienz eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, das Klima wirkungsvoll zu schützen. Gleichzeitig liegen hier erhebliche Einsparpotenziale für die kommunalen Kassen. Die für das kommunale Energie- und Klimaschutzmanagement Verantwortlichen stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen ihre kommunalen Liegenschaften

Nürnberg, ihre Perspektiven aus Sicht des Bundes einerseits und der kommunalen Praxis andererseits. Dania Röpke verwies auf das Ziel der klimaneutralen Wärmeversorgung 2050. Neben anderen dafür erforderlichen Weichenstellungen machte sie besonders auf das entstehende Kompetenzzentrum Wärmewende aufmerksam. Es soll Kommunen künftig als Planungsinstrument bei der Umsetzung ihrer Wärmeplanung unterstützen. In Nürnberg bilden drei Säulen den Kern des Umsetzungsfahrplans für den klimaneutralen kommunalen Gebäudebestand: Die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energieträger, die Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und die Erhöhung der Sanierungsquote. Durch einen Nachhaltigkeitscheck werden zudem alle Baumaßnahmen in Nürnberg auf ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz geprüft.



im Blick haben und zugleich Maßnahmen für die gesamte Kommune berücksichtigen. Neue Instrumente, wie zum Beispiel Wärmeplanung, können dabei sinnvolle Unterstützung leisten. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, welchen Einfluss eine CO₂-Bepreisung auf die Umsetzung der Wärmewende entwickeln kann. Diesen und vielen weiteren Aspekten rund um das Thema Wärmewende in Kommunen widmete sich ein Difu-WebSeminar am 23. März mit rund 200 Teilnehmenden.

Im anschließenden Fachgespräch mit Mathias Linder, Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages und Amt für Bau und Immobilien der Stadt Frankfurt am Main, Tim Bagner, Referat für Energie-, Wasser- und Abfallpolitik des Deutschen Städtetags, und Tilo Kurtz, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, standen Fragen zur konkreten Umsetzung und zur Unterstützung der Kommunen im Vordergrund. Das Land Baden-Württemberg hat das Instrument Wärmeplanung für Kommunen mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes im Oktober 2020 verpflichtend geregelt. Die Umsetzung wird von einem Förderprogramm flankiert, das zukünftig insbesondere auch gemeinsame Planungen von kleineren Kommunen berücksichtigen soll. Mathias Linder machte deutlich, wie kommunale Gebäude für die anstehende Wärmewende fit gemacht werden können. Tim Bagner ging unter anderem auf die Rolle der CO₂-Bepreisung in der Umsetzung der Wärmewende ein.

Mit dem Seminar konnten Anregungen und Hinweise für die kommunale Praxis gegeben werden. Es wurde deutlich, dass noch erhebliche Potenziale im Bereich der Wärmewende vorhanden sind und ihre Umsetzung wesentlich zum Erreichen der kommunalen Klimaschutzziele beitragen kann.



www.difu.de/16335

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Mit zwei Impulsvorträgen teilten Dania Röpke, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), und Eva Anlauff, Hochbauamt der Stadt

Holzbau: Wertvoller Bestandteil des kommunalen Klimaschutzes

26 Kommunen aus Baden-Württemberg werden für ihre guten Projektideen im Rahmen einer Holzbauförderinitiative mit 20.000 Euro belohnt. Das Difu betreute die Ausschreibung im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR).

Rund vierzig Prozent der global ausgestoßenen Treibhausgase entstehen beim Bauen und Betreiben von Gebäuden und Infrastrukturen. Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, muss in diesem Bereich gehandelt werden. Kommunen haben die Möglichkeit, Bau, Sanierung und Infrastruktur zu beeinflussen und zu steuern. Damit eröffnen sich erhebliche Potenziale für den Klima- und Ressourcenschutz.

Aus diesem Grund wird das Bauen mit Holz – als nachhaltige und umweltfreundliche Variante – für Kommunen immer wichtiger. Einsatzmöglichkeiten bestehen bei der Sanierung, Nachverdichtung und der Entwicklung eigener Liegenschaften, ganzer Quartiere sowie im Mehrgeschosswohnungsbau.



Foto: Maic Verbücheln, Difu

(MLR) Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Für das zweistufige Verfahren stehen insgesamt 6,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Kommunen aus Baden-Württemberg nutzten die Möglichkeit, ihre Projektideen bis zum 12. Februar 2021 einzureichen. Insgesamt sind 44 Projektideen eingegangen. Sie wurden vier Kategorien zugeordnet: 1. Entwicklung und Konzeption des Baus und Sanierung eigener Liegenschaften; 2. Instrumente und Ansätze der Stadtplanung/-entwicklung; 3. Information, Beratung und Aufklärung Bauwilliger durch die Kommunen; 4. Sonstiges/Sonderweg.

Die Antragstellenden kamen aus Großstädten, kleinen Gemeinden oder Landkreisen. Eine Expert*innengruppe wählte schließlich auf der Basis eines Kriterienkatalogs aus den 44 eingereichten Förderanträgen 26 Projektideen zur Förderung der ersten Stufe aus. Diese Kommunen erhalten nun eine finanzielle Unterstützung von bis zu 20.000 Euro, um für die Projektidee ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten.

Folgende Kommunen erhalten eine Förderung bis zu 20.000 Euro:

Baiersbronn, Bernau im Schwarzwald, Ettlingen, Feldberg, Freiburg, Haßmersheim, Heidenheim an der Brenz, Heilbronn, Herrenberg, Karlsruhe, Konstanz, Kürnbach, Landkreis Karlsruhe, Leinfelden-Echterdingen, Lörrach, Oberkirch, Ortenaukreis, Pforzheim, Rheinstetten, Schwäbisch-Gmünd, Schwetzingen, Stuttgart, Ulm, Waldenbuch, Weinstadt und Wendlingen am Neckar.

Im Rahmen der Holzbau-Offensive des Landes Baden-Württemberg wurde im November 2020 der Ideenaufwurf „Holzbau als Bestandteil des kommunalen Klimaschutzes“ ausgelobt. Dabei konnten sich Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise) des Bundeslandes mit kreativen Ideen und Konzepten bewerben. Im Vordergrund stand dabei die Entwicklung kommunaler Mechanismen und Wege, die zur Umsetzung von Holzbauprojekten führen. Der Ideenaufwurf wurde vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Mit der Auswahl der Kommunen ist die erste Stufe des zweistufigen Bewerbungsverfahrens abgeschlossen. In der nun folgenden zweiten Förderstufe im Herbst 2021 werden die kommunalen Umsetzungskonzepte von der Expert*innengruppe begutachtet und bewertet. Aus den 26 Konzepten werden wiederum 15 Projekte ausgewählt, die eine Förderung in Höhe von bis zu 400.000 Euro für die Umsetzung ihrer Projektidee erhalten.



www.holzbauoffensivebw.de
www.difu.de/15842



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de



#Klimaschutzbraucht ...

Videoserie motiviert zum Handeln

Die neue Kurzfilm-Reihe #Klimaschutzbraucht... gibt Kommunen spannende Impulse, um eigene Klimaaktivitäten anzugehen bzw. zu verstärken und voranzutreiben. So erhält der kommunale Klimaschutz einen Motivationsschub. Die inhaltliche Bandbreite der Filme reicht vom Thema Klimakommunikation „Stichwort Aufmerksamkeit“ über erneuerbare Energie- und Wärmegewinnung bis zu Ressourcenschutz sowie Klimaanpassung als wichtiges Pendant zum Klimaschutz. In jedem der kurzen Videos werden drei ausgezeichnete Projekte vorgestellt. Sie zeigen beispielhaft, wie individuell und innovativ Klimaschutz vor Ort funktionieren kann.

➔ www.klimaschutz.de/motivationsfilme

Krisensichere städtische Mobilität

Difu-Wissenschaftlerin Martina Hertel ist Co-Autorin des englischsprachigen Leitfadens „Planning for more resilient and robust urban mobility“. Entstanden vor dem Hintergrund der Coronapandemie zielt die Publikation darauf ab, Resilienz in der Verkehrsplanung stärker zu berücksichtigen und so städtische Mobilität gegen künftige Krisen zu wappnen. Die Veröffentlichung ist eine von vielen Handreichungen, die Städten bei der Umsetzung eines SUMP - also eines Sustainable Urban Mobility Plans - helfen sollen. Sie kann kostenfrei heruntergeladen werden.

➔ www.bit.ly/3udWLRq

Neustart in eine ressourcenschonende Zukunft

Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln referierte am 4. März 2021 auf dem vierten Nationalen Ressourcenforum Österreich über die „Optimierung kommunaler Stoffkreisläufe und die Bedeutung der Kommune als ressourcenpolitischer Akteur“. Der Vortrag fand im Rahmen des Forums zur Rolle der Regionen und Gemeinden in Bioökonomie und effizienter Kreislaufwirtschaft statt und Maic Verbücheln unterstrich die große Bedeutung der Kommunen für das Erreichen von mehr Ressourceneffizienz. An der zweitägigen Online-Konferenz „Neustart in eine ressourcenschonende Zukunft oder zurück in die Vergangenheit?“ waren mehr als 400 Teilnehmende beteiligt. Die Vorträge stehen zum Nachsehen und Nachlesen bereit.

➔ www.bit.ly/31QbsVv

Auf der letzten Meile klimaneutral unterwegs sein

Wenn Kommunen auf Mikro-Depots und Zustellung per E-Lastenrad setzen, entlastet das den innerstädtischen Verkehr, verbessert die Luftqualität und senkt Emissionen. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat deshalb zwei neue Förderrichtlinien zur nachhaltigen Mobilität veröffentlicht. Damit können E-Lastenräder und Lastenanhänger mit elektrischer Antriebsunterstützung für den fahrradgebundenen Lastenverkehr gefördert werden. Außerdem können Zuschüsse für Mikro-Depots und Maßnahmen, die deren Betrieb ermöglichen, beantragt werden. In Mikro-Depots können Sendungen dezentral gelagert und auf Lastenräder umgeschlagen werden.

➔ www.bit.ly/34etM5j

100 Prozent Klimaschutz

Kommunen können sich vom BMU bis zu 100 Prozent der Personalkosten für Klimaschutzmanager*innen fördern lassen. Diese bringen den Klimaschutz in Kommunen mit vielfältigen Projekten voran und sind zentrale Ansprechperson in Sachen Klimaschutz. Sie sind Bindeglied zu Bürger*innen und lokalen Akteur*innen, vernetzen und kommunizieren. Durch das Corona-Konjunkturpaket profitieren Antragsberechtigte bis zum Jahresende von erhöhten Förderquoten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Für finanzschwache Kommunen ist sogar eine Vollfinanzierung möglich. Ein neues Online-Angebot des BMU richtet sich vor allem an Kommunen, die noch keine*n Klimaschutzmanager*in beschäftigen. Bei Fragen rund um Fördermöglichkeiten des BMU hilft das SK:KK am Difu weiter.

➔ www.teamklimaschutz.de

➔ www.klimaschutz.de/skkl

Umweltgerechtigkeit durch Städtebauförderung unterstützen

Kann die Städtebauförderung "Motor" für mehr Umweltgerechtigkeit sein? Für das Magazin „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ des Bundesverbands Wohnen und Stadtentwicklung haben die beiden Difu-Wissenschaftler*innen Christa Böhme und Thomas Franke einen Beitrag rund um diese Fragestellung verfasst. Anlässlich des Jubiläums 50 Jahre Städtebauförderung gehen sie in ihrem Text auf die Potenziale der verschiedenen Programme der

Städtebauförderung für Umweltgerechtigkeit ein. Dabei erläutern sie, warum dafür soziale Lage, Umwelt und Gesundheit räumlich zusammen gedacht werden müssen und wo die Städtebauförderung für mehr Umweltgerechtigkeit weiterqualifiziert werden sollte.

➔ www.bit.ly/3ffiVUG

Difu beim Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages

Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl war am 19.5. als Experte zu einer Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages geladen. Anlass der Sitzung war ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ergänzung mietrechtlicher und gewerbemietrechtlicher Regelungen. In seiner Stellungnahme betonte Carsten Kühl unter anderem, dass eine Neuerung des Gewerbemietrechts ein geeignetes Instrument sein kann, um die Transformation der Innenstädte zu unterstützen.

➔ www.bit.ly/2RKOTzN

Brauchen wir eine bundesweite Fußverkehrsstrategie?

Am 5. März referierte Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer beim Kolloquium „Sichere Mobilität beginnt zu Fuß – Auf dem Weg zu fußgängerfreundlichen Städten“ des Deutschen Verkehrssicherheitsrats. In ihrem Vortrag widmete sie sich der Frage: Brauchen wir eine bundesweite Fußverkehrsstrategie? In der anschließenden Podiumsdiskussion stand im Gespräch zwischen Uta Bauer und anderen Expert*innen die gerechte und sichere Verteilung des Straßenraums im Fokus. Der Vortrag und die Podiumsdiskussion können online nachgehört werden.

➔ www.bit.ly/3sKA9OE

Wie kann man Leerstand in den Städten begegnen?

Wachsen, schrumpfen, umwandeln – über die Facetten des Leerstands in Kommunen sprechen Daniela Michalski und Wolf-Christian Strauss vom Difu im Podcast „Schall & Raum“. In dem Gespräch geht es um die verschiedenen Ursachen und Wirkungen von Leerstand in Städten und die Dynamiken von ungenutztem Raum versus Flächenknappheit. Der Podcast ist ein Format der Hochschule Bremen und des Bremer Zentrums für Baukultur.

➔ www.bit.ly/3tHn9JB



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
➔ www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
➔ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt einzelner kostenloser Downloadcodes müssen daher nicht mehr die Difu-Ansprechpartner*innen der jeweiligen Stadt kontaktiert werden. Zudem mailen wir ab sofort interessierten Difu-Ansprechpartner*innen automatisch einen Code zum kostenfreien Download jeder kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinung zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de. Details hierzu finden Sie auch auf der Difu-Homepage:
➔ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 2/2021
➔ www.difu.de/16661

Bürgerschaftliches Engagement in der Pandemie
➔ www.difu.de/16657

OB-Barometer 2021
➔ www.difu.de/16644

Klimaschutz finanzieren:
Wie Sie auch bei knapper Kasse viel bewegen
➔ www.difu.de/16647

Jahresrückblick 2020
➔ www.difu.de/16636

KfW-Kommunalpanel 2021
➔ www.difu.de/16620

Das Umland der Städte
➔ www.difu.de/16618

Klimaguide No. 4 – Gemeinschaftsgärten
➔ www.difu.de/16611

Nationaler Fortschrittsbericht zur Umsetzung der New Urban Agenda
➔ www.difu.de/16613

Klimaguide No. 3 – Mobilitätsportal
➔ www.difu.de/16610

Klimaguide No. 2 – Gemeinschaftsküche im Quartier
➔ www.difu.de/16609

Klimaguide No. 1 – Mobilitätstag
➔ www.difu.de/16597

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2020
➔ www.difu.de/16593

#Klimahacks No. 8 – Mach dein Projekt zur Digitalisierung für die Energiewende
➔ www.difu.de/16588

Investitionsbedarfe und finanzielle Tragfähigkeit im „Konzern Stadt Köln“
➔ www.difu.de/16405

Klimaschutz im Gebäudesektor – Neue Wege für die Wohnungswirtschaft
➔ www.difu.de/16372

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Mehr Umweltgerechtigkeit in der Kommune schaffen – wie kann das gelingen?
➔ ★ www.difu.de/16595

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten
➔ ★ www.difu.de/16628

Bauen in lärmvorbelasteten Lagen
➔ ★ www.difu.de/16638

Altersarmut in Städten
➔ ★ www.difu.de/16627

Verkehrspolitisch umsteuern!
➔ ★ www.difu.de/16639

Stadt im Dialog gestalten
➔ ★ www.difu.de/16634

Gemeinsam handeln für urbane Sicherheit!
➔ ★ www.difu.de/16632

Ganztags in der Schule
➔ ★ www.difu.de/16631

Elektromobilität im Stadtverkehr
➔ ★ www.difu.de/16630

Eine Stadt für alle: inklusiv, vernetzt, barrierefrei
➔ ★ www.difu.de/16623

Impulse für die Zukunft – Kreative Methoden und Prozesse in der Stadtentwicklung
➔ ★ www.difu.de/16637

Was geht? Strategien, Handlungsspielraum und Inspiration für mehr Fußverkehr
➔ ★ www.difu.de/16640

Vergessene Ecken?
Gestaltqualitäten in Gewerbegebieten
➔ ★ www.difu.de/16604

Holzbau
Mehr Gestaltqualität, mehr Nachhaltigkeit?
➔ ★ www.difu.de/16605



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungs-nennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

rbb24.de, 24.5.21

Der Trend geht zur Vereinzelung

Wohnraum in Berlin ist begeht. Zahlen zeigen aber auch, dass dieser pro Kopf immer größer wird. Ist der Wohnungsmangel auch ein Luxusproblem?

➔ www.bit.ly/3fNGTq1

Süddeutsche Zeitung, 12.5.21

Staatseinnahmen dürften in den nächsten Jahren nur leicht steigen

Im Wahlkampf ist das ein Dilemma: Entweder die Parteien kündigen Sparprogramme an – oder noch mehr neue Schulden.

➔ www.bit.ly/3fguLgC

tagesschau.de, 6.5.2021

Mieten in Deutschland steigen weiter

Deutschlandweit werden die Mieten von Bestandwohnungen immer höher: Einer Studie zufolge sind sie Anfang des Jahres so stark angestiegen wie seit fünf Jahren nicht mehr.

➔ www.bit.ly/3o8Rsr

stern online, 6.5.2021:

Kommunen erwarten geringere Einnahmen und höhere Ausgaben

Die Bewertung der Finanzlage durch die Kommunen hat sich für das laufende Jahr und darüber hinaus massiv verschlechtert.

➔ www.bit.ly/3o9AUzr

DIE ZEIT, 3.5.2021

SOS Innenstädte: Kommunen wollen Citys wiederbeleben

Die deutschen Innenstädte sind in Not. Wie können leere Läden wieder belebt werden? Werden die Menschen weiter nur noch vom heimischen Sofa aus Waren bestellen?

➔ www.bit.ly/3uHY6Y5

+3 Magazin, 30.4.2021

Die Zukunft ist offen

Wie sieht die Stadt in 100 Jahren aus?

➔ www.bit.ly/3gXCvXx

Greenpeace Magazin, 28.4.2021

Klimaschutz trotz klammer Kassen

Können sich Kommunen leisten, das Klima zu schützen? Die Frage ist: Können sie sich leisten, es nicht zu tun?

➔ www.bit.ly/3tGR7gG

Süddeutsche Zeitung, 26.4.2021

Wohnraum statt Fluglärm: Tegel schließt jetzt wirklich

Der Rückbau des ehemaligen Flughafens in Tegel beginnt. Das auf dem Gelände geplante Quartier soll Wissen und Unternehmen anziehen und bezahlbaren Wohnraum schaffen.

➔ www.bit.ly/3tdGUYS

KOMMUNAL, 23.4.2021

Die Lehren aus der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie führt zu langfristigen Veränderungen. Wie können sich Kommunen für vergleichbare Krisen in der Zukunft wappnen?

➔ www.bit.ly/2RkwDg2

Deutschlandfunk Nova, 13.4.2021

Freiluft-Wohnzimmer und 15-Minuten-Stadt

Klimakrise und Corona-Pandemie erfordern neue Antworten auf die Platzfrage im öffentlichen Raum.

➔ www.bit.ly/2QIntua

WDR 5, Quarks, 12.4.2021

E-Bikesharing

Interview mit Difu-Mobilitätsexpertin Martina Hertel über Wünsche der Verbraucher*innen nach mehr Mobilitätskonzepten und der Umsetzbarkeit in Kommunen.

➔ www.bit.ly/336X0Ja

Welt Sichten, 12.4.2021

Freie Fahrt für Fahrräder

Die 15-Minuten-Stadt ist das Leitbild der Zukunft: Jeder soll ohne Stau in einer Viertelstunde zu Fuß oder mit dem Rad zur Arbeit, zum Einkaufen oder ins Kino kommen.

➔ www.bit.ly/3efx8kS

Welt, 8.4.2021

Günstig bis kostenlos – der linke Traum von der Revolution des ÖPNV

Günstiger Nahverkehr, womöglich sogar kostenlos: Ein Modell sieht vor, dass auch Menschen das Vorhaben mitfinanzieren, die Bus und

Bahn gar nicht nutzen.

➔ www.bit.ly/2QQrxlz

MDR.de, 24.3.2021

Hälfte aller Brücken in Sachsen-Anhalt marode

Das ist das Ergebnis einer Studie des Difu. Um den Zustand der Straßen und Brücken nicht weiter zu verschlechtern, brauchen Städte mehr Gelder.

➔ www.bit.ly/32YfZp9

Verkehrsreport (verdi), 1/2021

Klimaschutz und Arbeitsplätze gehen zusammen

Wo liegen die Stellschrauben für eine Verkehrswende? Ein Gespräch mit Tilman Bracher, Leiter des Forschungsbereichs Mobilität beim Deutschen Institut für Urbanistik

➔ www.bit.ly/3eEBgtv

Transforming Cities, 16.3.2021

Wohnen als Integrationskraft

Zusammenhalt braucht Räume – Wohnen integriert: Welche Wohnkonzepte Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten ermöglichen und fördern

➔ www.bit.ly/3eDsdDB

Augsburger Allgemeine, 15.3.2021

Klimagerechtes Bauen rentiert sich oft

Klimagerechte Baumaßnahmen können gefördert werden. Was Bauherren dazu wissen müssen.

➔ www.bit.ly/3u54QPt

radioeins, Die Sonntagsfahrer, 14.3.2021

Berlin braucht mehr Fahrradparkplätze

Es fehlen Fahrradstellplätze, dabei sieht das Berliner Mobilitätsgesetz vor, dass hier eigentlich viel mehr passieren soll.

➔ www.bit.ly/3gNIM9p

Springer Professional, 11.3.2021

Mehr Engagement für die Klimawandel gefordert

Der kommunale Klimaschutz nimmt deutlich zu. Auch die Bürgerinnen und Bürger fordern mehr Engagement ihrer Städte und Gemeinden, zeigt eine aktuelle Studie.

➔ www.bit.ly/3vVntpi

